Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5373**

16. Wahlperiode 18. 05. 2007

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 14. Mai 2007 eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Dr. Addicks, Karl (FDP)	65, 66
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	16, 32, 46
Binder, Karin (DIE LINKE.)	55, 56, 57
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	2
Döring, Patrick (FDP)	34
Dyckmans, Mechthild (FDP)	8, 9
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	47
Grindel, Reinhard (CDU/CSU)	35, 36, 37, 38
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40, 41, 48
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	58, 59
Höfken, Ulrike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18, 19
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42
Homburger, Birgit (FDP)	49
Jaffke, Susanne (CDU/CSU)	10, 11, 12
Kopp, Gudrun (FDP)	20
Koppelin, Jürgen (FDP)	25, 26
Kurth, Undine (Quedlinburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51
Lanfermann, Heinz (FDP)	33
Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6, 7
Lenke, Ina (FDP)	27, 28, 29, 30
Leutert, Michael (DIE LINKE.)	21, 31
Liebing, Ingbert (CDU/CSU)	52, 53
Lührmann, Anna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43
Dr. h. c. Michelbach, Hans (CDU/CSU)	54
Müller-Sönksen, Burkhardt (FDP)	44, 45
Pau, Petra (DIE LINKE.)	1
Sager, Krista (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61
Schneider, Volker (Saarbrücken) (DIE LINKE.)	62, 63, 64
Dr. Schui, Herbert (DIE LINKE.)	13
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	23, 24
Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Dr. Wissing, Volker (FDP)	22

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

Pau, Petra (DIE LINKE.)
Zahl der zum Integrationsgipfel der Bundesregierung am 14. Juli 2006 unter Federführung der Staatsministerin im Kanzleramt, Dr. Maria Böhmer, eingeladenen Vertreter von Migrantenverbänden aus den neuen Bundesländern sowie Zahl der in den sechs Arbeitsgruppen mitarbeitenden Vertreter dieser Verbände 1

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)
Anhaltspunkte und statistische Daten aus Auslandsvertretungen über Zwangsverheiratungen beim Ehegattennachzug nach Deutschland seit 2003 1

Ströbele, Hans-Christian
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kenntnis der Bundesregierung über die Beteiligung deutscher Stellen an der Festnahme des langjährig in Deutschland beheimateten und mit einer deutschen Staatsangehörigen verheirateten marokkanischen Staatsangehörigen K. M. am 1. Juni 2003 in Paris wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Anschlags auf der Insel La Réunion sowie Maßnahmen der Bundesregierung für ein faires Verfahren im Sinne der Artikel 3 und 6 EMRK 2

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Lazar, Monika
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Innerhalb der vergangenen 24 Monate initiierte und für die kommenden 24 Monate vom „Forum gegen Rassismus“ geplante Aktivitäten sowie Informationsmöglichkeiten des Parlaments im Internet 3

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

Dyckmans, Mechthild (FDP)
Gesetzgebungskompetenz für die Ausgestaltung des gerichtlichen Rechtsschutzes im Bereich des Jugendstrafvollzugs nach der Föderalismusreform; im Falle der Zuständigkeit des Bundes Termin und Inhalte eines Regelungsvorschlags 4

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

Jaffke, Susanne (CDU/CSU)
Haltung der Bundesregierung zur unentgeltlichen Übertragung von 27,2375 ha land- und forstwirtschaftlicher Fläche an die Michael Succow Stiftung durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) vor dem Hintergrund der noch zwischen Bund und Ländern ausstehenden abschließenden Einigung im Hinblick auf die Übertragung gesamtstaatlich repräsentativer Naturschutzflächen des Bundes 5

Dr. Schui, Herbert (DIE LINKE.)
Investitionen in Private-Equity-Anlagen und Hedge-Anlagen der KfW in den letzten 10 Jahren 7

Dr. Terpe, Harald
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Altlastensanierung auf dem Flughafengelände in Parchim (Mecklenburg-Vorpommern) sowie Dauer der Beteiligung 7

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

Bellmann, Veronika (CDU/CSU)
Haltung der Bundesregierung zur Fortentwicklung des Digital Audio Broadcasting (DAB) und zur vom Bundesministerium der Verteidigung vorgegebenen Beschränkung der Ausstrahlungskapazitäten für das DAB 8

Seite

Höfken, Ulrike
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Problematik der im geplanten ERP-Wirtschaftsförderungsneuordnungsgesetz in Zukunft eingeschränkten Einsetzbarkeit der Erträge liquider Mittel aus dem ERP-Sondervermögen für die Förderung zugunsten von illiquiden Mitteln mit der alleinigen Verwendung dieser Erträge für den Substanzerhalt; gewünschte Vorlage der entsprechenden Regelungen beim Deutschen Bundestag; Problematik der im ERP-Wirtschaftsförderungsneuordnungsgesetz geplanten Verfügungsgewalt des Vorstandes der KfW über das Eigenkapital als Aushöhlung der nach völkervertragsrechtlichen Bindungen gegenüber den USA uneingeschränkten Verfügungsrechte des Bundes; Maßnahmen der Bundesregierung zur Schließung einer nach dem derzeitigen Konzept möglichen im hohen dreistelligen Millionenbereich liegenden Deckungslücke bei der Substanzentnahme aus dem ERP-Sondervermögen zugunsten des Bundeshaushalts in Höhe von 2 Mrd. Euro 9

Kopp, Gudrun (FDP)
Haltung der Bundesregierung zu den Vorschlägen der EU-Kommission zur eigentumsrechtlichen Entflechtung von Unternehmen, die sowohl Energienetze betreiben als auch in der Erzeugung und im Vertrieb von Energie tätig sind 11

Leutert, Michael (DIE LINKE.)
Voraussetzungen der Gewährung einer „Gewinngarantie“ für deutsche Unternehmen, wie z. B. bei dem Projekt „Galileo“ . . . 11

Dr. Wissing, Volker (FDP)
Umsetzung der in den letzten zwei Jahren in den einzelnen Gutachten der Wirtschaftsweisen erhobenen Forderungen bzw. Vorschläge durch die Bundesregierung 12

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)
Vom Erlass des BMELV bezüglich eingeschränkte Nutzung transgener Maiskulturen betroffene Regionen sowie Kriterien für die Genehmigung der Nutzung transgener Kulturen 13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

Koppelin, Jürgen (FDP)
Im Jahr 2006 veröffentlichte Fotos des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, in der Zeitung für die Bundeswehr „aktuell“ 14

Belieferung und Transport des Flugtreibstoffs für die von der Bundeswehr eingesetzten Tornado-Flugzeuge in Afghanistan . 14

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Lenke, Ina (FDP)
Einsparungen für Bund, Länder und Kommunen für die Jahre 2008 bis 2013 aufrund der demographischen Entwicklung im Bereich der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren, der Kindergärten und der Grund- und weiterführenden Schulen; Auswirkungen der demographischen Entwicklung von 2008 bis 2013 auf den Bundeshaushalt insbesondere aufgrund des Rückgangs der Zahlungen von Kindergeld und anderen Familienleistungen 14

Leutert, Michael (DIE LINKE.)
Gründe für die Einstufung des Landkreises Mittweida im Rahmen des Programms „Lokaler Aktionsplan gegen Rechts“ als nicht förderungswürdig 21

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

Bellmann, Veronika (CDU/CSU)
Zahl der jeweils beitragsfrei (Familienversicherung), zum Mindestsatz oder im Rahmen der Leistungen nach dem ALG II in einer gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Personen (ausgenommen der gemäß § 10 Abs. 2 SGB V beitragsfrei mitversicherten Kinder) 22

Lanfermann, Heinz (FDP)
Weigerung der City BKK zum Abschluss angemessener Leistungsentgelte für die häusliche Krankenpflege mit den Verbänden der Berliner Pflegedienste und Sozialstationen 23

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Döring, Patrick (FDP)
Aktuelle Kostenschätzung und -zusammensetzung für den Gesamtumbau des Berliner Stadtschlosses 24

Grindel, Reinhard (CDU/CSU)
Bereitstellung von Planungsmitteln des Bundes für die so genannte Y-Trasse (Hamburg/Hannover/Bremen) bis zum Jahr 2010 laut Aussage des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie Gründe für die Bereitstellung trotz Einstufung dieses Projekts als mittelfristiges Vorhaben im Bedarfsplan der DB AG 2006 bis 2011; Haltung der Bundesregierung zum Alternativvorschlag des Verkehrsclubs Deutschland 24

Hettlich, Peter
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktueller Stand des Schiedsverfahrens mit Toll Collect zur Entschädigung für entgangene Mauteinnahmen 26

Gründe für die Vertiefung der Elbe bei Magdeburg um 20 Zentimeter seit Beginn des Jahres 2007 bei gleichem Wasserstand . 27

Seite

Dr. Hofreiter, Anton
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Höhe der Anschubfinanzierung für den als Pilotprojekt privatfinanzierten sechsstreifigen Ausbau der Autobahn 8 zwischen München und Augsburg sowie geplanter Anteil für den privaten Betreiber an den Mauteinnahmen 27

Lührmann, Anna
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auswirkungen des Bürgerentscheids der Stadt Flörsheim am Main vom 6. Mai 2007 auf den Bau der Ortsumgehung Bundesstraße 40/519–Abschnitt Bundesstraße 519 und auf den Abschnitt Bundesstraße 40 28

Müller-Sönksen, Burkhardt (FDP)
Zeitpunkt und Ergebnisse der beim BMVBS in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie eines Betreibermodells für den Neubau der Bundesautobahn 252 – Südtangente Hamburg („Hafenquerspange“) sowie der Wiederholung mit Begründung 28

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Bellmann, Veronika (CDU/CSU)
Einhaltung der Belange des Artenschutzes gemäß EU-Recht bzw. Rechtsprechung in der geplanten Naturschutzrechtsnovelle . . . 29

Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)
Höhe des Ausstoßes an Treibhausgasen durch die Flugreisen und die sonstigen Reisen im Bonn-Berlin-Verkehr 29

Hettlich, Peter
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einführung schwefelfreien Treibstoffes in der Binnenschifffahrt sowie Umsetzungsmöglichkeiten 30

Seite

Homburger, Birgit (FDP)
Ergebnis der auf Bitte der Bundesregierung erfolgten Bewertung der aktuellen Situation der Altgeräteentsorgung durch die Kommunen, insbesondere vor dem Hintergrund des Vorschlags des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V. zur getrennten Erfassung bestimmter Gerätegruppen 31

Kurth, Undine (Quedlinburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teilnehmer der Naturallianz zur Vorbereitung der 9. Vertragsstaatenkonferenz zum Schutz der Biologischen Vielfalt (CBD) am 22. Mai 2007 31

Sponsoren aus der Privatwirtschaft für die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „Schutz der biologischen Vielfalt“ im Vorfeld der UN-Naturschutzkonferenz im Mai 2008 in Bonn sowie Auswahlkriterien des BMU 32

Liebing, Ingbert (CDU/CSU)
Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Vorschläge des trilateralen Wattenmeerforums 32

Dr. h. c. Michelbach, Hans (CDU/CSU)
Ableitung des Rechts zum Bau der von Vattenfall/E.ON geplanten 380 kV-Leitung durch den Thüringer Wald aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 34

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Binder, Karin (DIE LINKE.)
Planungen der Bundesregierung zu einer über eine „strategische Allianz“ hinausgehende Organisationsform des Karlsruhe Institute of Technology (KIT) vor dem Hintergrund föderaler Kompetenzverteilungen; Gewährleistung der betrieblichen Mitbestimmung; zukünftige Forschungsschwerpunkte 35

Seite

Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)
Verbindlicher Beschluss zur Anpassung der BAföG-Sätze nach Erhöhung der BAföG-Mittel im Haushalt 2008 sowie Haltung der Bundesregierung zur fehlenden gesetzlichen Verbindung zwischen BAföG-Anspruch und Anspruch auf den ermäßigten studentischen Krankenversicherungsbeitrag 36

Sager, Krista (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ergebnis der Prüfungen der Revisionsabteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung bezüglich Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Auftragsvergabe durch das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) sowie daraus resultierende Konsequenzen; Vorlage des schriftlichen Berichts über diese Prüfungen bei allen Mitgliedern des DKFZ-Kuratoriums 37

Schneider, Volker (Saarbrücken) (DIE LINKE.)
Zahl der von der Bundesrepublik Deutschland freigekauften Personen, die im Zeitraum von 1983 bis 31. Dezember 1990 ein Volldarlehen nach dem Bundeausbildungsförderungsgesetz erhalten haben; Zahl der seit 1970 freigekauften Personen sowie hierbei Anzahl der Schüler; Haltung der Bundesregierung zum Vorschlag einer Änderung bezüglich Stichtagsregelung im § 60 für die Freigekauften 38

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Addicks, Karl (FDP)
Entwicklung der Bewerberzahlen für den Senior Experten Service seit 2002 sowie Prozentsatz der tatsächlich zum Einsatz kommenden Bewerber 39

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordnete **Petra Pau** (DIE LINKE.)

Wie viele Vertreter von Migrantinnen- und Migrantenverbänden aus den neuen Bundesländern waren zum Integrationsgipfel der Bundesregierung am 14. Juli 2006 unter Federführung der Staatsministerin im Kanzleramt, Dr. Maria Böhmer, eingeladen worden, und wie viele Vertreterinnen und Vertreter dieser Verbände sind in den 6 Arbeitsgruppen (einschließlich der Unterarbeitsgruppen) vertreten, die im Rahmen des Integrationsgipfels gebildet wurden?

Antwort der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer vom 15. Mai 2007

Am Integrationsgipfel, den Arbeits- und Unterarbeitsgruppen sowie den Vorbereitungs- und Fachgesprächen zum Integrationsgipfel haben drei Migrantinnen- und Migrantenverbände aus den neuen Bundesländern teilgenommen, die zum Teil mit mehreren Personen in den verschiedenen Arbeitsgruppen vertreten waren. Darüber hinaus waren weitere neun Migrantinnen- und Migrantenverbände vertreten, die Arbeitsschwerpunkte auch unter Migrantinnen und Migranten in den neuen Bundesländern haben (z. B. Aussiedlervertretungen).

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

2. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche Erkenntnisse und statistischen Daten über Anhaltspunkte zum Vorliegen einer Zwangsverheiratung im Rahmen des Ehegattennachzuges zu in Deutschland aufhältigen Drittstaatsangehörigen und Deutschen besitzt die Bundesregierung seit 2003 über ihre Auslandsvertretungen (bitte nach Jahr, Land sowie Geschlecht der Betroffenen getrennt angeben)?

Antwort des Staatsministers für Europa Günter Gloser vom 15. Mai 2007

Zwangsverheiratungen sind in einer Reihe von Staaten zu beobachten. In jeweils unterschiedlichem Ausmaß spielen sie auch bei der Migration aus diesen Ländern eine Rolle. Wenn in einem Visumverfahren zum Ehegattennachzug Anhaltspunkte auf eine Zwangsverheiratung hindeuten, prüft die Auslandsvertretung, ob eine wirksame bzw.

schutzwürdige Eheschließung vorliegt. In diesem Zusammenhang geht es auch um die Abgrenzung einer Zwangsverheiratung von traditionellen „arrangierten“ Eheschließungen unter freier Willensbildung. Es liegt allerdings in der Natur der Sache, dass von einer entsprechenden Dunkelziffer von Zwangsverheiratungen ausgegangen werden muss, von denen die Auslandsvertretungen weder im Rahmen von Visumverfahren noch sonst Kenntnis erlangen.

Die Visumstatistik des Auswärtigen Amts unterscheidet nicht nach unterschiedlichen Versagungsgründen. Statistische Angaben zu der Frage, inwieweit Visumversagungen beim Ehegattennachzug auf Anhaltspunkte einer Zwangsverheiratung zurückzuführen sind, liegen daher nicht vor.

3. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Was ist der Bundesregierung bekannt über die Beteiligung deutscher Stellen an der Festnahme des langjährig in Deutschland beheimateten und mit einer deutschen Staatsangehörigen verheirateten marokkanischen Staatsangehörigen K. M. am 1. Juni 2003 aus Deutschland kommend auf dem Flughafen in Paris wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Anschlages auf der Insel La Reunion und über dessen Behandlung in der Haft, insbesondere zu den Vorwürfen, dieser sei im Gefängnis in Frankreich unmenschlicher Behandlung und rechtsstaatswidrigen Verhörmethoden (u. a. Tag-und-Nacht-Vernehmungen vom 1. bis 5. Juni 2003) unterworfen gewesen?

Antwort des Staatsministers für Europa Günter Gloser vom 11. Mai 2007

Deutsche Stellen waren an der Festnahme des marokkanischen Staatsangehörigen durch französische Behörden nicht beteiligt. Die Bundesanwaltschaft führt ein Ermittlungsverfahren gegen K. M. wegen des Anschlags auf Djerba, bei dem 21 Menschen, darunter 14 Deutsche, zu Tode kamen. In diesem Zusammenhang wurden den französischen Ermittlungsbehörden in der Zeit vor der Festnahme von K. M. im Rahmen der polizeilichen Zusammenarbeit und im Rechtshilfewege Informationen übermittelt. Hierzu gehörte auch die Mitteilung über die bevorstehende Reise des K. M. über Paris auf die Insel La Réunion.

Der Bundesregierung ist bekannt, dass in der Zeit vom 1. bis 5. Juni 2003 sowohl tags als auch nachts Vernehmungen von K. M. stattgefunden haben. Zu den Bedingungen seiner Haft und den Verhörmethoden ist der Bundesregierung nichts bekannt.

Der in der Frage angesprochene Sachverhalt berührt auch die Tätigkeit der Nachrichtendienste. Hierzu nimmt die Bundesregierung grundsätzlich nur vor den dazu berufenen Gremien des Deutschen Bundestages Stellung.

4. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Aktivitäten hat die Bundesregierung oder haben andere deutsche Stellen unternommen, um K. M. ein faires Verfahren im Sinne von Artikel 3 und 6 EMRK zu garantieren, und welche gedenkt die Bundesregierung noch zu unternehmen?

Antwort des Staatsministers für Europa Günter Gloser vom 11. Mai 2007

Die Bundesregierung hat keine Zweifel an der Wahrung der Garantien der EMRK, insbesondere der Gewährleistung eines fairen Verfahrens durch Frankreich.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

5. Abgeordnete **Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Aktivitäten hat nach Kenntnis der Bundesregierung das „Forum gegen Rassismus“, an dessen Geschäftsführung das Bundesministerium des Innern beteiligt ist, innerhalb der vergangenen 24 Monate selbst initiiert?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 15. Mai 2007

Die Geschäftsführung für das „Forum gegen Rassismus“ (FgR) liegt beim Bundesministerium des Innern. Das FgR versteht sich als Gremium des Dialogs zwischen der Bundesregierung und Nichtregierungsorganisationen in Fragestellungen, die die Überwindung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit betreffen. Neben dem gegenseitigen Informationsaustausch zählt auch die einvernehmliche Initiierung, Durchführung und Begleitung von Maßnahmen im Sinne seiner Zielsetzung zu den Aufgaben des FgR.

In den vergangenen 24 Monaten (1. Mai 2005 bis 8. Mai 2007) hat sich das FgR zu insgesamt sechs Plenarsitzungen (Nr. 19 bis 24), davon einer zweitägigen, getroffen. Diese sind mitgliederöffentlich. Thematische Schwerpunkte waren hierbei vor allem kontinuierlich der Austausch über Fragen der Bekämpfung des Rechtsextremismus, sowohl mit lokalen Initiativen als auch im Rahmen der EU, sowie der Dialog mit Muslimen, Migration und Integration.

Zudem hat das Forum eine Arbeitsgruppe „Gleichbehandlung/AG Art. 13 (EGV)“ eingerichtet, die in unregelmäßigen Abständen u. a. sog. Infobriefe zu Fragen der Umsetzung der auf Grundlage des genannten Artikels erlassenen EG-Richtlinien herausgibt. Im betreffenden Zeitraum waren dies zwei Exemplare (Nr. 7 und 8). Darüber hinaus wirkt das Forum finanziell und ideell an der Organisation und Durchführung der „Internationalen Woche gegen Rassismus“ mit, die

jedes Jahr in der Woche des 21. März, dem „Internationalen Tag der Vereinten Nationen gegen Rassismus“, von „Interkulturellem Rat“ und „Gesicht zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland“ maßgeblich koordiniert wird.

6. Abgeordnete **Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Aktivitäten sind nach Kenntnis der Bundesregierung für die kommenden 24 Monate vom „Forum gegen Rassismus“ geplant?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 15. Mai 2007

Es ist geplant, die in der Antwort zu Frage 5 genannten Aktivitäten – vorbehaltlich anderweitiger Entscheidungen der Mitglieder des FgR – fortzusetzen. Das „Forum gegen Rassismus“ wird – wie in seiner „Arbeitsstruktur“ festgelegt – auch 2007 mindestens zweimal tagen. Für das kommende Jahr existiert noch keine Jahresplanung.

7. Abgeordnete **Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Auf welcher Internetseite kann sich das Parlament über laufende und geplante Maßnahmen des „Forum gegen Rassismus“ jeweils aktuell informieren?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 15. Mai 2007

Eine gesonderte Internetseite des „Forums gegen Rassismus“ wird derzeit erarbeitet. Die betreffende Adresse wird lauten: www.forum-gegen-rassismus.de. Die Freischaltung ist für diesen Sommer geplant. Aktuelle Ausgaben der in der Antwort zu Frage 5 erwähnten „Infobriefe“ können derzeit u. a. im Internetangebot des „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ abgerufen werden (www.buendnis-toleranz.de).

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

8. Abgeordnete **Mechthild Dyckmans** (FDP)

Wer hat nach Meinung der Bundesregierung die Gesetzgebungskompetenz für die Ausgestaltung des gerichtlichen Rechtsschutzes im Bereich des Jugendstrafvollzugs nach der Föderalismusreform, und wie begründet sie ihre Ansicht?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Alfred Hartenbach vom 11. Mai 2007

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Gesetzgebungskompetenz für die Ausgestaltung des gerichtlichen Rechtsschutzes im Bereich des Jugendstrafvollzuges auch nach der Föderalismusreform beim Bund liegt. Gemäß Artikel 74 Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes bezieht sich die konkurrierende Gesetzgebung auf das gerichtliche Verfahren. Der Bund hat hiervon durch die Regelung des § 23 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz Gebrauch gemacht. In dem Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages vom 9. Januar 2007 (Robbe/Borhanian, Zur Reichweite der neuen Länderkompetenzen im Bereich der Gesetzgebung, S. 9 f.) wird eine gleichlautende Rechtsauffassung vertreten.

9. Abgeordnete **Mechthild Dyckmans** (FDP)

Wenn die Bundesregierung die Ansicht vertritt, dass der Bundesgesetzgeber die Gesetzgebungskompetenz für die Ausgestaltung des gerichtlichen Rechtsschutzes im Bereich des Jugendstrafvollzugs hat, bis wann und mit welchem konkreten Inhalt wird die Bundesregierung einen Regelungsvorschlag entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 31. Mai 2006, Az.: 2 BvR 1673/04; 2 BvR 2402/04) einbringen, um für den Jugendstrafvollzug die verfassungsrechtlich erforderlichen, auf die besonderen Anforderungen des Strafvollzugs an Jugendlichen zugeschnittenen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Alfred Hartenbach vom 11. Mai 2007

Im Bundesministerium der Justiz ist ein Gesetzentwurf erarbeitet worden, der u. a. die Ausgestaltung des gerichtlichen Rechtsschutzes im Bereich des Jugendstrafvollzuges zum Gegenstand hat und der an die Länder und Verbände zur Stellungnahme versandt wurde. Er soll dem Kabinett noch vor der Sommerpause zugeleitet werden. Welchen konkreten Inhalt er bei Kabinettbefassung haben wird, kann vor Auswertung der Stellungnahmen nicht mitgeteilt werden.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

10. Abgeordnete **Susanne Jaffke** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG) im Rahmen eines Grundstücksübertragungsvertrages vom 5. April 2007 27,2375 ha land- und forstwirtschaftlicher Fläche unentgeltlich an die Michael Succow Stiftung zum Schutz der Natur übertragen hat, und wenn ja,

wie ist diese Flächenübertragung vor dem Hintergrund der noch zwischen Bund und Ländern ausstehenden abschließenden Einigung im Hinblick auf die Übertragung gesamtstaatlich repräsentativer Naturschutzflächen des Bundes („Nationales Naturerbe“) zu bewerten?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Karl Diller vom 16. Mai 2007

Die unentgeltliche Übertragung von 17,4496 Hektar und die entgeltliche Übertragung von weiteren 9,7879 Hektar von der BVVG auf die Michael Succow Stiftung ist der Bundesregierung bekannt. Die Übertragung der Flächen erfolgte nach § 3 Abs. 12 ff. des Ausgleichsleistungsgesetzes in der Fassung vom 15. September 2000 und den dazu geschaffenen Übertragungsregelungen.

Die Abstimmungen zwischen Bund und Ländern zur Übertragung gesamtstaatlich repräsentativer Naturschutzflächen des Bundes („Nationales Naturerbe“) werden davon nicht berührt.

11. Abgeordnete **Susanne Jaffke** (CDU/CSU)

Ist der BVVG der im Haushaltsgesetz festgeschriebene Beschluss des Haushaltsausschusses hinsichtlich der Modalitäten der Flächenübertragung mitgeteilt worden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Karl Diller vom 16. Mai 2007

Der von Ihnen angesprochene Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bezieht sich auf die Bundesflächen des „Nationalen Naturerbes“. Davon zu unterscheiden sind Flächenübertragungen nach der in der Antwort zu Frage 10 genannten Vorschrift im Ausgleichsleistungsgesetz.

Nach den diesbezüglichen Regelungen trägt die Michael Succow Stiftung die mit der Eigentumsübertragung verbundenen Kosten und ist die Naturschutzbestimmung der Flächen gesichert.

12. Abgeordnete **Susanne Jaffke** (CDU/CSU)

Durch wen wurden die Flächen bisher genutzt, und wie hoch war der bisherige wirtschaftliche Erlös aus diesen Flächen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Karl Diller vom 16. Mai 2007

Von einem landwirtschaftlichen Wiedereinrichterbetrieb werden rund 6,2 Hektar genutzt. Es handelt sich um minderwertiges Grünland so-

wie Öd- und Unland. Die BVVG hat in der Vergangenheit Pachtzinsen von insgesamt rund 1 400 Euro erlöst.

13. Abgeordneter **Dr. Herbert Schui** (DIE LINKE.)

Welche acht größten Investitionen in Private-Equity-Anlagen und Hedge-Anlagen, aufgelistet nach Name und Sitzort der Fonds- und Managementgesellschaften, hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau in welcher Höhe in den letzten zehn Jahren getätigt?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks vom 16. Mai 2007

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat in der Vergangenheit keine Wertpapieranlagen an den Finanzmärkten in Form von Private-Equity-Anlagen und Hedge-Anlagen getätigt.

14. Abgeordneter **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

In welcher Höhe und aus welchem Topf hat sich der Bund bislang an den Kosten der Altlastensanierung auf dem Flughafengelände in Parchim (Mecklenburg-Vorpommern) beteiligt (bitte jährliche Zahlen für die letzten zehn Jahre)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Karl Diller vom 15. Mai 2007

Der Bund hat für Sanierungsmaßnahmen auf der oben genannten Liegenschaft bislang insgesamt 6 387 919 Euro gezahlt. Die jährlichen Kosten für die Beteiligung des Bundes an der Altlastensanierung in den letzten 10 Jahren stellen sich wie folgt dar:

Jahr	Kosten in Euro
1997	236 373,64
1998	148 343,87
1999	1 003 653,40
2000	619 524,72
2001	661 401,43
2002	703 590,69
2003	1 220 062,17
2004	651 716,23
2005	507 602,71
2006	466 668,93
2007	168 981,50

Die Zahlungen erfolgten bis zum Jahr 2004 aus dem Bundeshaushalt (Kapitel 08 07). Seit Gründung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt) im Jahr 2005 erfolgen die Zahlungen aus Mitteln der Bundesanstalt.

15. Abgeordneter **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wann die Beteiligung an den Sanierungskosten beendet werden kann, und würde sie die Beteiligung an diesen Kosten auch im Falle eines Eigentümerwechsels fortführen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Karl Diller vom 15. Mai 2007

Auf dem Flughafengelände liegt eine deutliche Grundwasserbelastung durch Kerosin vor. Derzeit ist ein Abschluss der Sanierungsmaßnahme nicht absehbar.

Eine Weiterveräußerung der mit Altlasten behafteten Flächen ist nach dem Kaufvertrag grundsätzlich ausgeschlossen, solange Gefahrenabwehrmaßnahmen in der Finanzverantwortung des Bundes stattfinden.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

16. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zur Fortentwicklung des Digital Audio Broadcasting (DAB) und die vom Bundesministerium der Verteidigung vorgegebene Beschränkung der Ausstrahlungskapazitäten für das DAB?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Hartmut Schauerte vom 14. Mai 2007

Die Bundesregierung setzt sich für die Digitalisierung der terrestrischen Übergangswege im Rundfunk ein. Auch Hörfunk wird auf Dauer nicht analog bleiben. Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass die Digitalisierung Potenziale für Innovationen für Wachstum und Beschäftigung bietet. Ein Baustein ist in diesem Zusammenhang auch DAB. Im Interesse der Förderung dieser Digitalisierung und Fortentwicklung von DAB in Deutschland hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie bereits ein Bündel an Maßnahmen ergriffen und begrüßt das Engagement der Automobilindustrie, der Geräteindustrie und des Öffentlich-Rechtlichen und Privaten Rundfunks, hier weiter voranzukommen. Innerhalb der Europäischen Union gehören wir mit zu den ersten Mitgliedstaaten, die den Umstieg auf digitalen terrestrischen Rundfunk schaffen wollen. Das Bundesministerium der Verteidigung hat hierzu bereits in großem Umfang Frequen-

zen zur Verfügung gestellt und kooperiert weiterhin, um alle sich bietenden technischen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Ein besonderes Anliegen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie ist auch die weitere Verbesserung der Versorgung mit DAB. Unter Leitung der Bundesnetzagentur prüfen zurzeit technische Experten sowohl der militärischen als auch der zivilen (Rundfunk-)Seite alle Parameter/Randbedingungen exemplarisch in Bayern, um dort zu einer weiteren Verbesserung der Versorgung zu kommen. Dadurch soll auch den neuen Perspektiven Rechnung getragen werden, die sich für die terrestrische Rundfunkinfrastruktur durch den digitalen Rundfunkplan des Genfer Abkommens 2006 bieten. Ergebnisse werden noch in der ersten Jahreshälfte erwartet.

17. Abgeordnete **Ulrike Höfken** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie will die Bundesregierung das Problem lösen, dass im Zuge des ERP-Neustrukturierungsvorhabens, wie in der Anhörung zum ERP-Wirtschaftsförderungsneuordnungsgesetz am 23. April 2007 deutlich geworden ist, die bisher bestehenden Freiheitsgrade des ERP-Sondervermögens, liquide und für die Förderung unmittelbar einsetzbare Erträge zu erzielen, in Zukunft erheblich abnehmen werden, wohingegen die illiquiden und nur für den Substanzerhalt verwendbaren Erträge ansteigen dürften, und ist die Bundesregierung angesichts der wesentlichen Bedeutung dieses Vorganges für die Gesamtbeurteilung des Gesetzesvorhabens durch das Parlament bereit, die entsprechenden gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen dem Deutschen Bundestag vorzulegen?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba vom 14. Mai 2007

Die Bundesregierung hält keine zusätzlichen gesetzlichen oder vertraglichen Maßnahmen für erforderlich, um dafür Vorsorge zu treffen, dass künftig (liquide) Vergütungen, die das ERP-Sondervermögen für die Vermögensnutzung erhält, in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, um die reale Förderkraft des Vermögens aufrechtzuerhalten. Unabhängig davon wird in einer zwischen ERP-Sondervermögen und KfW zu treffenden Verständigung zur längerfristigen Sicherung der für die ERP-Wirtschaftsförderung einsetzbaren (liquiden) Erträge dem vom Fragesteller vorgetragenen Sachverhalt ausreichend Rechnung getragen.

18. Abgeordnete **Ulrike Höfken** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Änderungen im ERP-Wirtschaftsförderungsneuordnungsgesetz und den daraus abgeleiteten Verträgen kann die Bundesregierung dem Parlament vorschlagen, um das in der Anhörung am 23. April 2007 deutlich gewordene Problem (Stellungnahme Prof. Waldhoff) zu lösen, dass die Verfügungsgewalt des Vor-

stands der Kreditanstalt für Wiederaufbau (Stellungnahme Dr. Gelhausen) für das einzubringende Eigenkapital die nach den völkervertragsrechtlichen Bindungen gegenüber den USA unabdingbaren uneingeschränkten Verfügungsrechte des Bundes ausgehöhlt bzw. außer Kraft gesetzt werden?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba vom 14. Mai 2007

Eine wesentliche Funktion des Eigenkapitals besteht darin, dass der Eigentümer des Kapitals uneingeschränkt ohne Einschränkungen durch Dritte darüber verfügen kann. Der von Ihnen genannte Wirtschaftsprüfer Dr. Gelhausen (PwC) hat deutlich gemacht, dass Eigenkapitalqualität nicht vorliegen würde, wenn der KfW-Vorstand nur die Funktion des Verwalters eines fremden Fördervermögens hat, wobei Entscheidungen über Einzelheiten der Verwendung dieses Vermögens beim Parlament oder beim Bund liegen. Wenn aber genügend Verantwortung in der Umsetzung bei der KfW liege, unter Beachtung der Zweckbindung, wie es im Moment im Gesetz vorgesehen ist, dann könne Eigenkapitalqualität anerkannt werden. Die Beziehungen der Bundesregierung zu den USA werden davon rechtlich nicht berührt.

19. Abgeordnete **Ulrike Höfken** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Substanzentnahme aus dem ERP-Sondervermögen zu Gunsten des Bundeshaushalts in Höhe von 2 Mrd. Euro vollständig durch Gegenleistungen des Bundeshaushalts kompensiert wird, nachdem in der Anhörung zur ERP-Neuordnung am 23. April 2007 seitens des Bundesrechnungshofes zur Sprache gebracht wurde, dass nach derzeitigem Konzept eine Kompensationslücke im hohen dreistelligen Millionenbereich besteht, und bis wann beabsichtigt die Bundesregierung, dazu ein vom Bundesrechnungshof und den Wirtschaftsprüfern als tragfähig bestätigtes Konzept, Planrechnungen und entsprechende Regelungen für das Gesetz und die Verträge vorzulegen?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba vom 14. Mai 2007

Die Bundesregierung prüft, ob die Umsetzung der Neuordnung durch einen Wirtschaftsprüfer begleitet werden soll.

Zum vollständigen Ausgleich der abgeführten 2 Mrd. Euro überträgt der Bund die Rechte an Rücklagen, die ihm in der Kreditanstalt für Wiederaufbau zustehen, in Höhe von 1 Mrd. Euro auf das Sondervermögen und übernimmt für die aufgelösten Rückstellungen Risiken und Lasten, soweit dafür in der Vermögensrechnung des ERP-Sondervermögens Rückstellungen gebildet worden sind.

20. Abgeordnete **Gudrun Kopp** (FDP)

Vertritt die Bundesregierung in ihren Verhandlungen auf europäischer Ebene über die Vorschläge der EU-Kommission zur eigentumsrechtlichen Entflechtung von Unternehmen, die sowohl Energienetze betreiben als auch in der Erzeugung und im Vertrieb von Energie tätig sind, nach wie vor die Position, dass eine eigentumsrechtliche Entflechtung nur dann in Frage kommt, wenn die bisher eingeleiteten Maßnahmen der Entflechtung ihr Ziel verfehlen und auch ein unabhängiger Systembetreiber von Energienetzen keine Verbesserung der Wettbewerbssituation bringt, wie es der Bundesminister für Wirtschaft und Technik, Michael Glos, u. a. in der FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 12. Januar 2007 zum Ausdruck brachte, oder hat sich diese Position geändert?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Hintze vom 16. Mai 2007

Die Bundesregierung hält nach wie vor eine wirksame Entflechtung des Netzbetriebs für erforderlich. Auch der Rat der Energieminister hat sich am 15. Februar 2007 – bekräftigt vom Europäischen Rat am 8./9. März 2007 – zu einer wirksamen Entflechtung bekannt und sich dafür ausgesprochen, dies durch unabhängig organisierte Strukturen für den Netzbetrieb und dessen Unabhängigkeit bei Entscheidungen über Investitionen in die Netze zu gewährleisten. Der Rat hat die EU-Kommission aufgerufen, entsprechende Maßnahmen zu prüfen und Vorschläge zu erarbeiten.

21. Abgeordneter **Michael Leutert** (DIE LINKE.)

Unter welchen Voraussetzungen gewährt die Bundesrepublik Deutschland eine „Gewinngarantie“ für deutsche Unternehmen, wie zum Beispiel bei dem Projekt „Galileo“, und wo ist eine solche Gewinngarantie deutschen Unternehmen vertraglich zugesagt worden (bitte auflisten nach Unternehmen und Höhe der gewährten Garantie)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Hintze vom 16. Mai 2007

Bei öffentlichen Aufträgen über Lieferungen und Leistungen, die nach den einschlägigen vergaberechtlichen Bestimmungen im Wettbewerb vergeben werden, werden generell keine „Gewinngarantien“ gewährt.

Nur bei öffentlichen Aufträgen über Lieferungen und Leistungen, die nicht im Wettbewerb sondern zu Selbstkostenpreisen nach den Vorschriften der Verordnung PR 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen und der hierzu erlassenen Leitsätze für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten (LSP-Anlage zur Verordnung PR 30/53) vergeben werden, ist auch ein kalkulatorischer Gewinn enthalten, des-

sen Höhe einzelvertraglich zu vereinbaren ist. Eine Auflistung nach Unternehmen und Höhe der auf diese Art und Weise vertraglich gewährten kalkulatorischen Gewinnregelungen ist in der Kürze der für die Beantwortung schriftlicher Fragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

Zu dem in Ihrer Frage als Beispiel genannten Projekt Galileo ist anzumerken, dass die Verhandlungen über eine Konzession zu Aufbau und Betrieb des Systems seit Anfang des Jahres zum Stillstand gekommen sind. Die Europäische Kommission schlägt nunmehr vor, Galileo auf andere Weise zu realisieren. Die Bundesregierung geht davon aus, dass das bisherige Konzessionsmodell damit nicht mehr verfolgt wird. Eine Gewinngarantie wird es somit bei Galileo nicht geben.

22. Abgeordneter **Dr. Volker Wissing** (FDP)

Welche der in den letzten 2 Jahren in den einzelnen Gutachten der Wirtschaftsweisen erhobenen Forderungen bzw. Vorschäge hat die Bundesregierung umgesetzt bzw. nicht umgesetzt, und welche Gründe haben die Bundesregierung von der Umsetzung der Vorschläge abgehalten?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Hintze vom 16. Mai 2007

Gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft legt die Bundesregierung im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor, der u. a. eine Stellungnahme zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung enthält. Mit Vorschlägen aus den vergangenen zwei Jahren setzen sich die Jahreswirtschaftsberichte 2006 (Bundestagsdrucksache 16/450) sowie 2007 (Bundestagsdrucksache 16/4170) auseinander.

Die Bundesregierung schätzt die Arbeit des Sachverständigenrates sehr. Er leistet wichtige Beiträge zur Diskussion zentraler wirtschaftspolitischer Fragestellungen. Beispiele aus jüngerer Zeit sind seine Expertisen zur „Reform der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung durch die Duale Einkommensteuer“ sowie zu den Themen „Arbeitslosengeld II reformieren: Ein zielgerichtetes Kombilohnmodell“ und „Staatsverschuldung wirksam begrenzen“. Die Überlegungen des Rates werden von der Bundesregierung sorgfältig geprüft und in die Entscheidungsfindung für politische Maßnahmen einbezogen. So ist z. B. die Expertise zur Begrenzung der Staatsverschuldung ein wichtiger Beitrag zu den laufenden Arbeiten im Rahmen der Föderalismuskommission II.

Wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnis und Politikberatung sowie deren Umsetzung in die politische Praxis unterliegen jedoch selten den gleichen Kriterien. Aus vielfältigen Gründen sind ökonomisch Wünschbares und politisch Machbares nicht immer deckungsgleich. Gleichwohl sieht die Bundesregierung in der Beratung durch wissen-

schaftliche Experten eine wertvolle und unverzichtbare Hilfe auf dem Weg, die Voraussetzungen für Wohlstand und Beschäftigung ständig zu verbessern.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

23. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Auf welche Regionen (Landkreise) Deutschlands trifft die vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, in einem Erlass an das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) (lt. Bericht in der DIE WELT vom 27. April 2007) eingeschränkte Nutzung transgener Maiskulturen zu, bzw. an Hand welcher Kriterien soll das BVL zukünftig diese Nutzung genehmigen?

24. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

In welcher Weise berücksichtigt dieser Erlass die Aussage der Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 16/3059), dass auf den meisten vom Maiszünsler befallenen Flächen chemische, mechanische oder biologische Maßnahmen vollkommen ausreichend sind, und wird folglich Bt-Mais nur noch in den Regionen zugelassen, in welchen diese Bekämpfungsmaßnahmen nicht möglich sind?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Peter Paziorek vom 14. Mai 2007

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat auf Weisung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz das teilweise Ruhen der Genehmigung zum Inverkehrbringen von gentechnisch verändertem Mais der Linie MON 810 angeordnet. Gleichzeitig hat das BVL den Inhaber der Genehmigung, die Firma Monsanto, zur Vorlage eines Monitoringplans aufgefordert, mit dessen Hilfe mögliche Auswirkungen von MON 810 auf die Umwelt ermittelt werden sollen.

Saatgut der gentechnisch veränderten Maislinie MON 810 darf damit in Deutschland zukünftig nur dann zu kommerziellen Zwecken abgegeben werden, wenn dem BVL der o. g. Monitoringplan von der Firma Monsanto vorgelegt wird. Bereits an Landwirte abgegebenes oder ausgesätes Saatgut ist von dieser Maßnahme nicht betroffen. Die Zulassung von Mais der Linie MON 810 zum Anbau und zur Verwendung für Lebens- und Futtermittelzwecke ist ebenfalls nicht betroffen.

Eine Einschränkung der Nutzung von Mais der Linie MON 810 auf bestimmte Regionen, wie in Ihren Fragen angedeutet, wurde mit der Maßnahme nicht vorgenommen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

25. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Wie viele Fotos, die den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, zeigen, sind im Jahr 2006 in der Zeitung für die Bundeswehr „aktuell“ veröffentlicht worden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Kossendey vom 10. Mai 2007

In den erschienenen 50 Ausgaben der Zeitung Bundeswehr „aktuell“ im Jahr 2006 wurden insgesamt 91 Fotos veröffentlicht, die den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, zeigen.

26. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Wie und in welcher Form erfolgt die Belieferung und der Transport des Flugtreibstoffs für die von der Bundeswehr eingesetzten Tornado-Flugzeuge in Afghanistan?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Kossendey vom 14. Mai 2007

Die Belieferung mit Flugkraftstoff für die von der Bundeswehr in Afghanistan eingesetzten Tornados erfolgt mit Straßentankwagen über zwei unabhängige zivile Anbieter und auf zwei unterschiedlichen Routen zum Feldtanklager im Camp Marmal, Mazar-e Sharif. Einer der Anbieter liefert den Flugkraftstoff aus Pakistan, der andere Anbieter transportiert den Flugkraftstoff über Tadschikistan nach Afghanistan.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

27. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

Welche Einsparungen für Bund, die jeweiligen Bundesländer und die Kommunen ergeben sich von 2008 bis 2013 aufgrund der demographischen Entwicklung im Bereich der Kinder-

betreuung für Kinder unter drei Jahren (jeweils getrennt nach Krippenplätzen und Kindertagespflege)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hermann Kues vom 14. Mai 2007

Die Anzahl der unter 3-Jährigen wird zwischen 2008 und 2013 nur leicht um 26 000 Kinder in den westlichen Bundesländern zurückgehen. Da hier die Versorgungsquote mit Krippenplätzen nur bei 6,6 Prozent und in der Kindertagespflege nur bei 1,2 Prozent liegt und ein weiterer Ausbau vorgesehen ist, wird in diesem Bereich mit keinen Einsparungen aufgrund der demografischen Entwicklung gerechnet.

In den östlichen Bundesländern sind zwischen 2008 und 2013 keine Veränderungen bei der Anzahl der unter 3-Jährigen zu erwarten und somit auch keine Einsparungen.

Tabelle 1: Kinder im Alter unter 3 Jahren zwischen 2008 und 2013 nach Bundesländern (in 1 000; Variante 4: Fertilitätsrate 1,4; Wanderungssaldo + 100 000)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Veränd. zwischen 2008 und 2013	
	in 1 000	in 1 000	in 1 000	in 1 000	in 1 000	in 1 000	in 1 000	in %
Baden-Württemberg	284	284	284	285	286	288	4	1,2
Bayern	327	326	325	324	324	325	-3	-0,8
Berlin	82	82	81	80	80	79	-3	-3,8
Bremen	17	17	17	17	17	17	0	-0,6
Hamburg	46	46	45	45	44	44	-2	-3,7
Hessen	152	150	148	147	146	145	-7	-4,5
Niedersachsen	196	194	192	192	191	191	-5	-2,5
Nordrhein-Westfalen	456	452	450	448	447	447	-9	-1,9
Rheinland-Pfalz	100	100	100	100	100	100	0	0,0
Saarland	23	23	23	23	23	23	0	0,0
Schleswig-Holst.	70	70	69	69	69	69	-1	-1,6
Westl. Länder + BE	**1 754**	**1 741**	**1 733**	**1 729**	**1 727**	**1 728**	**-26**	**-1,5**
Brandenburg	54	54	55	55	54	53	-2	-2,9
Mecklenburg-Vorp.	39	39	39	39	39	39	1	1,3
Sachsen	95	96	96	96	95	94	-1	-1,5
Sachsen-Anhalt	52	52	52	53	52	52	0	0,4
Thüringen	56	57	58	58	58	57	2	3,2
Östliche Länder	**295**	**297**	**300**	**300**	**298**	**295**	**-1**	**-0,2**
Deutschland	**2 049**	**2 039**	**2 032**	**2 029**	**2 025**	**2 023**	**-26**	**-1,3**

Quelle: Statistisches Bundesamt: Länderergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2003; zusammengestellt und berechnet von der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik Mai 2007.

28. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

Welche Einsparungen für Bund, die jeweiligen Bundesländer und die Kommunen ergeben sich von 2008 bis 2013 aufgrund der demographischen Entwicklung im Bereich der Kindergärten?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hermann Kues vom 14. Mai 2007

Die Anzahl der Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt wird zwischen 2008 und 2013 noch um ca. 123 000 Kinder in den westlichen Bundesländern zurückgehen. Dies ist ein Rückgang von ca. 6 Prozent. Wenn man von einer Versorgungsquote von 95 Prozent ausgeht, werden im Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2008 voraussichtlich 117 000 Plätze weniger benötigt. Multipliziert man diesen Wert mit den durchschnittlichen Ausgaben der öffentlichen Hand für einen in der Regel Halbtagsplatz in Höhe von netto 2 700 Euro pro Jahr (nach Abzug der Elternbeiträge und Anteile der freien Träger) ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 316 Mio. Euro pro Jahr. Wie sich die Minderausgaben auf die einzelnen Bundesländer verteilen, ist der Tabelle 2 zu entnehmen. Die Minderausgaben verteilen sich in der Regel zu 30 Prozent auf die Länder und zu 70 Prozent auf die Kommunen. Zur Beteiligung der Länder sind viele Besonderheiten zu berücksichtigen, auf die hier nicht eingegangen werden kann (z. B. unterschiedliche Berücksichtigung von Länderanteilen im Rahmen der kommunalen Finanzausgleiche).

Für die westlichen Bundesländer muss berücksichtigt werden, dass die Minderausgaben bis zum Jahr 2010 bereits in den Modellrechnungen für die Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes vollständig eingeflossen sind.

In den östlichen Bundesländern ist mit einem Anstieg der Kindergartenkinder um 4,5 Prozent zu rechnen, was Mehrausgaben von ca. 40 Mio. Euro jährlich verursachen wird.

Tabelle 2: Kinder im Alter von 3 Jahren bis unter 6,5 Jahren (Kindergartenkinder) zwischen 2008 und 2013 nach Bundesländern
(in 1 000; Variante 4: Fertilitätsrate 1,4; Wanderungssaldo + 100 000)

	2008	2013	Veränd. zwischen 2008 und 2013		Kinder-gartenplätze (95% der 3- bis 6,5-Jährigen)	Minder-/ Mehraus-gaben pro Jahr ab 2013 in Mio. Euro
	in 1 000	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	
Baden-Württemberg	348	337	-12	-3,4	-11	-30
Bayern	401	383	-17	-4,3	-16	-44
Berlin	99	92	-6	-6,3	-6	-16
Bremen	20	19	-1	-2,5	0	-1
Hamburg	54	52	-2	-2,8	-1	-4
Hessen	190	175	-15	-7,9	-14	-38
Niedersachsen	246	226	-20	-8,3	-19	-52
Nordrhein-Westfalen	565	528	-37	-6,6	-35	-96
Rheinland-Pfalz	124	118	-6	-4,7	-5	-15
Saarland	28	27	-1	-4,7	-1	-3
Schleswig-Holst.	89	82	-7	-7,4	-6	-17
Westl. Länder + BE	**2 161**	**2 038**	**-123**	**-5,7**	-117	-316
Brandenburg	63	65	1	2,3	1	4
Mecklenburg-Vorp.	43	46	2	5,6	2	6
Sachsen	108	110	2	1,8	2	5
Sachsen-Anhalt	57	60	3	4,5	2	7
Thüringen	60	67	7	11,2	6	17
Östliche Länder	**332**	**347**	**15**	**4,5**	14	39
Deutschland	**2 493**	**2 385**	**-108**	**-4,3**	-103	-278

Quelle: Statistisches Bundesamt: Länderergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2003; zusammengestellt und berechnet von der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik Mai 2007.

29. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

Welche Einsparungen für Bund, die jeweiligen Bundesländer und die Kommunen ergeben sich von 2008 bis 2013 aufgrund der demographischen Entwicklung im Bereich der Grund- und weiterführenden Schulen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hermann Kues vom 14. Mai 2007

Die Anzahl der Grundschulkinder wird in den westlichen Ländern zwischen 2008 und 2013 um ca. 250 000 Kinder zurückgehen. Inwieweit dieser Rückgang sich analog in der Nutzung von Horten reproduziert, kann nicht eindeutig prognostiziert werden. Da in diesem Bereich in den westlichen Ländern eher von einer Unterversorgung mit Hortangeboten auszugehen ist, ist auch nicht zu erwarten, dass bei einem Rückgang aller Kinder im Grundschulalter von 9,5 Prozent sich dies in der Nutzung niederschlägt. In diesem Bereich wird wahrscheinlich die vielfache Umsteuerung von Hortangeboten zu Ganztagsschulangeboten viel stärkere Auswirkungen als die demografische Entwicklung haben.

Die Anzahl der Grundschulkinder in den östlichen Bundesländern bleibt im entsprechenden Zeitraum praktisch konstant.

Die Entwicklung der jungen Menschen in den weiterführenden Schulen ist in Tabelle 4 aufgeführt, ist aber für die Entwicklung der Tageseinrichtungen für Kinder nicht relevant.

Tabelle 3: Kinder im Alter von 6 bis unter 10 Jahren (Grundschulkinder) zwischen 2008 und 2013 nach Bundesländern
(in 1 000; Variante 4: Fertilitätsrate 1,4; Wanderungssaldo + 100 000)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Veränd. zwischen 2008 und 2013	
	in 1 000	in 1 000	In 1 000	in 1 000	in 1 000	in 1 000	in 1 000	in %
Baden-Württemberg	434	424	413	406	400	396	-38	-8,8
Bayern	492	481	471	465	458	452	-40	-8,1
Berlin	113	113	112	111	109	107	-7	-5,7
Bremen	23	23	22	22	22	22	-1	-3,5
Hamburg	61	61	61	61	61	60	0	-0,7
Hessen	233	229	223	219	214	210	-23	-9,9
Niedersachsen	311	301	291	283	277	270	-41	-13,1
Nordrhein-Westfalen	700	684	666	652	639	627	-73	-10,4
Rheinland-Pfalz	154	150	146	144	141	139	-15	-9,5
Saarland	35	34	33	32	32	31	-3	-9,6
Schleswig-Holst.	112	109	106	104	102	99	-13	-11,6
Westl. Länder + BE	**2 668**	**2 608**	**2 542**	**2 498**	**2 454**	**2 414**	**-253**	**-9,5**
Brandenburg	76	75	74	74	74	74	-1	-1,6
Mecklenburg-Vorp.	50	50	49	49	50	50	1	1,8
Sachsen	124	123	122	121	122	122	-2	-1,5
Sachsen-Anhalt	67	66	65	65	65	65	-2	-2,4
Thüringen	68	68	68	68	69	70	2	3,4
Östliche Länder	**383**	**382**	**377**	**377**	**379**	**382**	**-2**	**-0,4**
Deutschland	**3 051**	**2 990**	**2 919**	**2 875**	**2 832**	**2 796**	**-255**	**-8,4**

Quelle: Statistisches Bundesamt: Länderergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2003; zusammengestellt und berechnet von der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik Mai 2007.

Tabelle 4: Kinder im Alter von 10 bis unter 19 Jahren zwischen 2008 und 2013 nach Bundesländern (in 1 000; Variante 4: Fertilitätsrate 1,4; Wanderungssaldo + 100 000)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Veränd. zwischen 2008 und 2013	
	in 1 000	in 1 000	in 1 000	in 1 000	in 1 000	in 1 000	in 1 000	in %
Baden-Württemberg	1 104	1 089	1 077	1 062	1 045	1 031	-73	-6,6
Bayern	1 250	1 233	1 218	1 199	1 181	1 166	-84	-6,7
Berlin	249	243	243	243	244	246	-4	-1,4
Bremen	56	55	54	53	53	53	-3	-5,6
Hamburg	142	141	140	139	138	138	-4	-2,7
Hessen	574	568	563	557	550	544	-30	-5,1
Niedersachsen	803	790	779	764	747	733	-71	-8,8
Nordrhein-Westfalen	1 803	1 770	1 740	1 705	1 673	1 646	-157	-8,7
Rheinland-Pfalz	407	399	392	383	375	369	-39	-9,5
Saarland	97	94	91	88	86	84	-13	-13,4
Schleswig-Holst.	287	285	281	277	273	270	-18	-6,1
Westl. Länder + BE	**6 771**	**6 665**	**6 577**	**6 469**	**6 365**	**6 278**	**-493**	**-7,3**
Brandenburg	168	157	156	159	162	166	-3	-1,6
Mecklenburg-Vorp.	107	97	97	98	101	105	-2	-1,9
Sachsen	252	235	236	241	247	254	3	1,0
Sachsen-Anhalt	148	135	133	134	136	139	-9	-6,1
Thüringen	146	135	135	137	141	145	-1	-0,5
Östliche Länder	**820**	**757**	**756**	**769**	**788**	**808**	**-12**	**-1,5**
Deutschland	**7 591**	**7 423**	**7 333**	**7 239**	**7 152**	**7 086**	**-505**	**-6,7**

Quelle: Statistisches Bundesamt: Länderergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2003; zusammengestellt und berechnet von der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik Mai 2007.

Die alleinige Zuständigkeit für das Schulwesen und schulische Fragen liegt bei den Ländern und Schulträgern. Statistiken zu den Konsequenzen der demographischen Entwicklung für das Schulwesen, darunter auch möglichen Einsparungen im Bereich der Grund- und weiterführenden Schulen, sowie deren Beurteilung fallen nicht in den Geschäftsbereich des Bundes. Seitens des Statistischen Bundesamtes sind lediglich Statistiken zur demographischen Entwicklung selbst verfügbar.

Der von Bund und Ländern 2006 herausgegebene nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland“ weist grundsätzlich darauf hin, dass der mittel- bis langfristig zu erwartende Rückgang der Anzahl der Bildungsteilnehmer die Chance biete, bei gleichbleibendem BIP-Anteil die Pro-Kopf-Ausstattung im Bildungsbereich zu erhöhen und vor allem die Qualität zu verbessern. Aufgrund der demographischen Entwicklung sollten frei werdende Mittel aus Sicht der Bundesregierung im Bildungssystem verbleiben, um dessen Qualität und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

In der gemeinsamen Erklärung der Bildungs- und Lehrergewerkschaften mit der Kultusministerkonferenz „Fördern und Fordern – eine Herausforderung für Bildungspolitik, Eltern, Schule und Lehrkräfte“ anlässlich der 315. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 19. Oktober 2006 wurde darauf verwiesen, dass aufgrund zurückgehender Schülerzahlen freiwerdende Mittel gezielt für eine „Offensive für Qualität und für die Entkoppelung von sozialer Herkunft und

Schulerfolg eingesetzt werden“ müssen. Das Sekretariat der Kultusministerkonferenz gibt in seinem Geschäftsbereich der statistischen Veröffentlichungen auch Vorausberechnungen der Schüler- und Absolventenzahlen heraus (s. Band 162: Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2000 bis 2020).

30. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

Wie wird sich die demographische Entwicklung von 2008 bis 2013 auf den Bundeshaushalt insbesondere aufgrund des Rückgangs der Zahlungen von Kindergeld und anderen Familienleistungen auswirken?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hermann Kues vom 14. Mai 2007

In den zurückliegenden Jahren hat der Geburtenrückgang zu keinem merkbaren Rückgang der Kindergeldleistungen geführt. Nach den vorliegenden Erkenntnissen sind die Kindergeldausgaben deshalb insgesamt in den vergangenen Jahren nicht zurückgegangen, weil die Anzahl der Kindergeldbezieher in der Altersgruppe der über 18-Jährigen zugenommen hat.

Für die Zukunft ist allerdings nicht mehr mit einer weiteren substanziellen Zunahme in dieser Altersgruppe zu rechnen, so dass der Umkehreffekt des seit Ende der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts anhaltenden Rückgangs der Geburtenzahlen von 812 000 Geburten im Jahr 1997 auf 670 000 Geburten im Jahr 2006 auch bei den Kindergeldausgaben zum Tragen kommt.

Auf der Basis von Erfahrungswerten für die Entwicklung der Anzahl der Kindergeldkinder sowie der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung Variante 1-W1 können die Größenordnungen für zu erwartende Auswirkungen der Geburtenentwicklung auf die Anzahl der Kindergeldkinder abgeschätzt werden.

Ein geringeres Kindergeldvolumen aufgrund einer geringeren Anzahl von Kindergeldkindern würde sich über Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer in den öffentlichen Haushalten darstellen. Auf den Bundeshaushalt würden unmittelbar 42,5 Prozent der Steuereinnahmen bei der Einkommensteuer entfallen.

Bei der angenommenen Schätzung zur Entwicklung der Anzahl der Kindergeldkinder können für den Bundeshaushalt damit unmittelbar insgesamt ca. 1,8 Mrd. Euro in den Jahren 2008 bis 2013 erwartet werden. Unter Berücksichtigung der Regelungen zum Familienleistungsausgleich in § 1 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG), nach denen die Anteile im Verhältnis Bund (74 Prozent) und Länder (26 Prozent) abzubilden sind, ergibt sich ein Bundesanteil in Höhe von 3,185 Mrd. Euro.

31. Abgeordneter **Michael Leutert** (DIE LINKE.)

Bitte nennen sie die Gründe, warum der Landkreis Mittweida im Rahmen des Programms „Lokaler Aktionsplan gegen Rechts“ als nicht förderungswürdig eingestuft wurde und ob nach den Informationen und Geschehnissen rund um das Verbot der Gruppe „Sturm 34“ dies nunmehr anders gesehen wird?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hermann Kues vom 14. Mai 2007

Im Rahmen des am 1. Januar 2007 gestarteten Programms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ stellt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Mittel für die Entwicklung integrierter lokaler Strategien mittels Lokaler Aktionspläne zur Verfügung. Informationen zum Bewertungsverfahren für die Lokalen Aktionspläne und zu den Ergebnissen des Auswahlverfahrens hat die Bundesregierung in ihren Antworten auf die Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. zur Umsetzung und zum Stand der Umsetzung des Programms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ erteilt (Bundestagsdrucksachen 16/4366 und 16/5150).

Der Freistaat Sachsen hat in der ersten Förderphase (sog. Vorverfahren) die Landkreise Muldentalkreis, Bautzen und Sächsische Schweiz zur Förderung vorgeschlagen. Von der Möglichkeit, Mittweida bereits im Vorverfahren zu nennen, hatte Sachsen keinen Gebrauch gemacht.

In der zweiten Förderphase (sog. Hauptverfahren) können weitere 66 Aktionspläne gefördert werden. Insgesamt sind im Hauptverfahren 216 Interessenbekundungen eingegangen, davon 29 aus dem Freistaat Sachsen, darunter auch die Interessenbekundung aus Mittweida. Grundsätzlich ist die Förderung von jeweils bis zu zehn Aktionsplänen pro neues Bundesland und Berlin und bis zu drei Aktionsplänen pro altes Bundesland vorgesehen. Unter Berücksichtigung der bereits im Januar bewilligten drei Aktionspläne bestanden damit noch für sieben Interessenbekundungen aus dem Freistaat Sachsen Fördermöglichkeiten.

Im Ergebnis des Vorbewertungsverfahrens auf der Bundesebene erhielt die Interessenbekundung aus Mittweida 8 von 12 möglichen Punkten. Die Interessenbekundung nahm aufgrund der Vielzahl qualifizierter Anträge aus dem Freistaat Sachsen lediglich Platz 11 in der Vorbewertung ein.

Der Freistaat Sachsen hat im Unterschied zu anderen Bundesländern den Rankingvorschlag des Bundes generell verändert und u. a. die Interessenbekundung Mittweidas auf Platz 6 gesetzt. Die dazu gelieferten Begründungen waren sehr knapp. In sechs von sieben Vorschlägen hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend jedoch die Änderungsvorschläge akzeptiert. Im Fall von Mittweida konnte das Votum allerdings nicht nachvollzogen werden. Es wurde hier das Etablieren rechtsradikalen Gedankengutes im Umfeld eines überregionalen Berufsschulzentrums und entsprechende Schmiere-

reien an Häuserwänden ins Feld geführt, was allein noch keine hinreichende Begründung für die Vergabe eines Aktionsplans ist. Auf das laufende Verbotsverfahren betreffend „Sturm 34“ wurde nicht hingewiesen. Insofern wurde dem Antrag aus Coswig-Radeburg-Moritzburg, der mit der Höchstpunktzahl (12 Punkte) vorbewertet wurde und die Problem- und Bedarfslage gut nachvollziehbar dargestellt hatte, der Vorzug gegenüber dem Antrag aus Mittweida gegeben. Die Entscheidung wurde dem Land am 20. April 2007 und dem Antragsteller am 24. April 2007 mitgeteilt.

Mit der Bekanntgabe der Entscheidungen des Bundesministeriums ist das Verfahren abgeschlossen. Nachträgliche Begründungen können schon aus Gründen der Gleichbehandlung gegenüber den ebenfalls abgelehnten Antragstellern nicht mehr berücksichtigt werden. Es ist im Übrigen davon auszugehen, dass Problemlagen vor Ort bei allen Antragstellern Ausgangspunkt für eine Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren des Bundes gewesen ist.

Der Freistaat Sachsen erhält wie alle anderen neuen Bundesländer 1 Mio. Euro jährlich für die Förderung der Lokalen Aktionspläne aus dem Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ – und das für drei Jahre. Es sei ergänzend darauf hingewiesen, dass am 1. Juli 2007 das Bundesprogramm „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ startet, das seinen Schwerpunkt auf eine anlassbezogene Intervention gegen Rechtsextremismus setzt. Hier könnten sich Beratungsangebote für Mittweida ergeben. Das Programm wird mit Programmstart auch im Freistaat Sachsen umgesetzt. Das Land wird in Kürze ein Konzept zur Einrichtung eines landesweiten Beratungsnetzwerkes und zum Einsatz Mobiler Interventionsteams vorlegen. Die Mobilen Interventionsteams sollen in Problemsituationen mit rechtsextremistischem Hintergrund Beratungshilfe vor Ort anbieten.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat zudem gegenüber den Ländern deutlich gemacht, dass es eine Unterstützung des Engagements der Regionen, die nicht berücksichtigt werden konnten, auf Landesebene ausdrücklich begrüßen würde.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

32. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Wie viele Menschen, ausgenommen der gemäß § 10 Abs. 2 SGB V beitragsfrei mitversicherten Kinder, sind in Deutschland jeweils beitragsfrei (Familienversicherung), zum Mindestsatz oder im Rahmen der Leistungen nach dem ALG-II in einer gesetzlichen Krankenversicherung versichert?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Marion Caspers-Merk vom 14. Mai 2007

Die gewünschten Zahlen werden in der Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nicht separat erhoben, lassen sich aber zum Teil aus den gemeldeten Daten schätzen. Die Zahl der jeweils beitragsfrei über die Familienversicherung mitversicherten Angehörigen, die nicht als Kinder versichert sind, lässt sich näherungsweise über die Personen in dieser Gruppe im Alter von 20 Jahren und mehr bestimmen. Dies waren am 1. Juli 2006 rd. 7,1 Millionen Versicherte. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es sowohl Ehepartner im Alter unter 20 Jahre als auch Kinder (z. B. in der Ausbildung) im Alter über 20 Jahre gibt.

Bezieher von Arbeitslosengeld II werden nur dann Mitglieder mit Beitragspflicht in der GKV, wenn es keinen vorrangigen Versicherungsschutz als mitversicherter Familienangehöriger gibt. Die Statistik der GKV weist für den Monat April 2007 knapp 3,1 Millionen Arbeitslosengeld-II-Empfänger als Mitglieder aus.

Die Zahl der freiwilligen Mitglieder, die einen Mindestbeitrag zahlen, wird nicht gesondert erhoben und lässt sich auch mit anderen Kennziffern nicht näherungsweise schätzen.

33. Abgeordneter **Heinz Lanfermann** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Weigerung der City BKK, Leistungsentgelte in angemessener Höhe mit den Verbänden der Berliner Pflegedienste und Sozialstationen abzuschließen, obwohl die Entscheidungen bei allen Zahlungsklagen auf eine ordnungsgemäße Vergütung der Pflegedienste zu Lasten der Krankenkasse ausgefallen ist, und wie will sie vor diesem Hintergrund sicherstellen, dass Versicherte der City BKK auch zukünftig die notwendigen Leistungen der häuslichen Krankenpflege erhalten?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Marion Caspers-Merk vom 14. Mai 2007

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über das in der Frage beschriebene Verhalten der City BKK vor. Es ist Aufgabe der zuständigen Aufsichtsbehörde, hier des Bundesversicherungsamtes, dafür Sorge zu tragen, dass die City BKK ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommt.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

34. Abgeordneter **Patrick Döring** (FDP)

Wie setzt sich vor dem Hintergrund, dass die mit dem Gesamtumbau des Berliner Stadtschlosses verbundenen Kosten angeblich nur noch ca. 480 Mio. Euro betragen sollen, die aktuelle Kostenschätzung detailliert zusammen, und geht die Bundesregierung davon aus, dass diese Kostenschätzung realistisch ist?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth vom 15. Mai 2007

Die aktuelle Kostenschätzung setzt sich in Anlehnung an die Kostenschätzung nach DIN 276 aus den Kosten für das Herrichten und Erschließen des Grundstücks, für das Bauwerk, für die technischen Anlagen, für die Außenanlagen sowie aus den Baunebenkosten zusammen. Auf Grundlage von Einheitspreisen aus Baukostendatenbanken bereits abgeschlossener, vergleichbarer Baumaßnahmen und ermittelten Mengen der anfallenden Gewerke liegen für alle Nutzungseinheiten (Museen-, Bibliotheks- und Veranstaltungsbereiche) sowie für Sonderkonstruktionen (z. B. Rekonstruktion der historischen Fassaden und optional des Volkskammersaales) eine verlässliche Kostenschätzung vor.

Die der Kostenschätzung zugrunde liegenden Ansätze werden in die für die Etatisierung erforderliche Entscheidungsunterlage Bau aufgenommen.

35. Abgeordneter **Reinhard Grindel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz des Bundes und der Länder in Werningerode oder am Rande dieser Veranstaltung die Bereitstellung von Planungsmitteln des Bundes für die sog. Y-Trasse (Hamburg/Hannover/Bremen) bis zum Jahr 2010 zugesagt hat, und wenn ja, in welcher Höhe?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 11. Mai 2007

Der Bund stellt der Deutsche Bahn Netz AG (DB Netz AG) Planungskosten im Rahmen der so genannten Planungskostenpauschale zur Verfügung und finanziert diese in Höhe von derzeit 13 Prozent der laufenden Baukosten. Die DB Netz AG setzt diese Mittel eigenständig ein und könnte im Rahmen dieser Planungskostenpauschale bereits jetzt Bundesmittel für die Planung der Neubaustrecke verwenden. Diese zwischen Bund und DB Netz AG vereinbarten Regelungen gelten grundsätzlich für alle Bedarfsplanprojekte, auch für die Planung der so genannten Y-Trasse.

36. Abgeordneter **Reinhard Grindel** (CDU/CSU)

Wann wird nach Einschätzung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit dem Bau der Y-Trasse begonnen werden können?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 11. Mai 2007

Mit der Aufnahme in den Investitionsrahmenplan bis 2010 für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes (IRP) hat die Bundesregierung eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung dieses Schienenprojektes geschaffen. Die Realisierung der im IRP berücksichtigten Projekte wird sich letztendlich an den zur Verfügung stehenden Bundeshaushaltsmitteln auszurichten haben. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes hierfür die erforderlichen planerischen Voraussetzungen zeitgerecht schaffen werden.

37. Abgeordneter **Reinhard Grindel** (CDU/CSU)

Warum stellt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Planungsmittel für ein Projekt zur Verfügung, das nach dem Bedarfsplan der DB AG 2006 bis 2011 vom 16. Februar 2007 zu den mittelfristig zurückgestellten Vorhaben Niedersachsens gehört?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 11. Mai 2007

Vor dem Hintergrund der Aufkommenssteigerung in den deutschen Seehäfen und der damit verbundenen Güterverkehrsentwicklung hat die DB Netz AG ebenfalls ein großes Interesse an der Realisierung der Y-Trasse. Dies hat die DB Netz AG zuletzt im Rahmen der Abstimmungen zur Mittelfristplanung im April 2007 gegenüber dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erklärt. Insofern ist der von der Deutsche Bahn AG (DB AG) im Februar 2007 dargestellte Sachstand zur Y-Trasse inzwischen überholt.

38. Abgeordneter **Reinhard Grindel** (CDU/CSU)

Wie bewertet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den in einer Studie des Verkehrsclubs Deutschland gemachten Vorschlag, als Alternative zur Y-Trasse eine Güterbahn zwischen Hamburg und Hannover und statt eines Neubaus im Bereich Hamburg/Hannover/Bremen dritte Gleise an bestehenden Strecken vorzusehen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 11. Mai 2007

Im Vorfeld des Raumordnungsverfahrens, das von Juni 1999 bis März 2001 von der Bezirksregierung Lüneburg durchgeführt wurde, hat die DB AG mehrere Trassierungsvarianten auf ihre verkehrlichen und betriebswirtschaftlichen Auswirkungen überprüft. Der vom Verkehrsclub Deutschland empfohlene Ausbau der vorhandenen Strecken Buchholz–Soltau und Soltau–Langenhagen bzw. der Ost-Hannoverschen-Eisenbahn-Strecke Soltau–Celle war in diese Analysen einbezogen. Letztendlich konnten diese Maßnahmen nicht die erforderlichen Effekte erzielen.

39. Abgeordneter **Peter Hettlich** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie ist der aktuelle Stand des Schiedsverfahrens mit Toll Collect zur Entschädigung für entgangene Mauteinnahmen durch den mehrfach verschobenen Start der Lkw-Maut, bei dem die Bundesregierung eine Forderung in Höhe von 4,5 Mrd. Euro erhoben hat?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 15. Mai 2007

Der Bund macht gegen die Toll Collect GbR und deren Konsorten DaimlerChrysler Financial Services AG und Deutsche Telekom AG im Wesentlichen Schadensersatzforderungen wegen entgangener Mauteinnahmen in Höhe von rund 3,5 Mrd. Euro auf Grund des verspäteten Starts der Mauterhebung sowie Vertragsstrafen in Höhe von rund 1,6 Mrd. Euro wegen einer Vielzahl von Verletzungen des Maut-Betreibervertrages geltend. Die ursprüngliche Summe von 4,5 Mrd. Euro an Schadensersatz- und Vertragsstrafenforderungen hat sich seit dem Schriftsatz des Bundes zur Einleitung des Schiedsverfahrens (September 2004) wegen des Hinzukommens weiterer Vertragsstrafen auf die genannte Summe von rund 5,1 Mrd. Euro erhöht. Diese Summe wurde mit der Klagebegründungsschrift des Bundes vom 29. Juli 2005 geltend gemacht. Die Beklagten haben fristgerecht Ende Juni 2006 auf die Klage des Bundes erwidert. Sie bestreiten die vom Bund geltend gemachten Forderungen in vollem Umfang. Der Bund hat in seiner Mitte Februar 2007 beim Schiedsgericht eingereichten Replik seine Ansprüche gegen das Vorbringen der Beklagten verteidigt.

40. Abgeordneter **Peter Hettlich** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie ist der weitere Zeitplan für das Schiedsgerichtsverfahren, und wann rechnet die Bundesregierung mit einem Schiedsspruch?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 15. Mai 2007

Die Beklagten werden voraussichtlich bis Ende September 2007 auf die Replik des Bundes erwidern (sog. Duplik). Erst danach ist mit

einer mündlichen Verhandlung des Schiedsgerichts zur Sache zu rechnen. In der Folge sind Verhandlungen der Parteien über den Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs denkbar. Kommt es nicht zu einem Vergleich, wird das Gericht das Verfahren durch streitiges Urteil beenden müssen, dem voraussichtlich eine gerichtliche Beweiserhebung vorangehen wird. Mit einem Ende des Schiedsverfahrens rechnet die Bundesregierung daher nicht vor Ende 2007.

41. Abgeordneter **Peter Hettlich** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie erklärt sich die Bundesregierung die aus den amtlichen Zahlen erkennbare Vertiefung der Elbe in Magdeburg (Fahrrinnentiefe der Elbstrecke 5 in Bezug auf den Pegelstand Magdeburg) um 20 Zentimeter seit Beginn des Jahres 2007 bei gleichem Wasserstand?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth vom 15. Mai 2007

Im Rahmen von durchgeführten Verkehrssicherungspeilungen im Dezember 2006 sind lokale Untiefen (Hindernisse) in der Elbestrecke 5 ermittelt worden, die zu einer Einschränkung der täglich bekannt zu gebenden Fahrrinnentiefe um 0,20 m geführt haben. Anfang Januar 2007 ist mit der Hindernisbeseitigung begonnen worden, so dass wenige Tage später die Einschränkung der Fahrrinnentiefe nicht mehr bestanden hat.

42. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

In welcher Höhe wurde eine Anschubfinanzierung für den sechsstreifigen Ausbau der Autobahn 8 zwischen München und Augsburg, der als erstes von bundesweit fünf Pilotprojekten als so genanntes A-Modell durch einen privaten Betreiber realisiert werden soll, gewährt, und in welcher Höhe werden Mauteinnahmen an den privaten Betreiber abgetreten?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth vom 14. Mai 2007

Die Vergütung beim A-Modell ist verkehrsmengenabhängig, so dass das projektspezifische Konzessionsvolumen erst nach Ablauf der 30-jährigen Konzessionszeit tatsächlich feststehen wird. Die projektspezifischen bisherigen Berechnungen des Konzessionsgebers sowie des Konzessionsnehmers sind insbesondere vor dem Hintergrund eines laufenden Vergabenachprüfungsverfahrens vertraulich. Generell kann beim A-Modell zudem eine Anschubfinanzierung gewährt werden, deren Höhe dem Wettbewerb unterliegt und die aus den vorgenannten Gründen daher ebenfalls als vertraulich einzustufen ist.

43. Abgeordnete **Anna Lührmann** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Auswirkungen hat der Bürgerentscheid der Stadt Flörsheim am Main vom 6. Mai 2007, der den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Juli 2006 zum Planfeststellungsverfahren für den Bau der Ortsumgehung Bundesstraße 40/519–Abschnitt Bundesstraße 519 aufgehoben hat und somit die Zustimmung der Stadt Flörsheim am Main zum Bau der Umgehung rückgängig macht, auf den Bau der Ortsumgehung Bundesstraße 40/519–Abschnitt Bundesstraße 519 und auf den Abschnitt Bundesstraße 40?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 15. Mai 2007

Angesichts der durch den Bürgerentscheid vom 6. Mai 2007 erzwungenen Zurücknahme des Stadtverordnetenbeschlusses für den Bau der Ortsumgehung Flörsheim und der Stellungnahme der Stadt im laufenden Planfeststellungsverfahren muss das Verfahren – zumindest für die in der Hessischen Gemeindeordnung für Bürgerentscheide festgelegte Gültigkeitsdauer von drei Jahren – ausgesetzt werden.

In dieser Zeit muss man sich vor Ort auf eine von der Mehrheit getragene Lösung einigen, ansonsten kann bei der nächsten Fortschreibung des Bedarfsplanes für die Bundesfernstraßen spätestens der Gesetzgeber das Projekt, d. h. die gesamte Ortsumgehung Flörsheim/Wicker/Weilbach (Bundesstraße 519/Bundesstraße 40) aus dem Bedarfsplan streichen.

44. Abgeordneter **Burkhardt Müller-Sönksen** (FDP)

Wann wurde die Machbarkeitsstudie eines Betreibermodells für den Neubau der Bundesautobahn 252 – Südtangente Hamburg („Hafenquerspange“) beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Auftrag gegeben, und mit welcher Begründung wurde eine erneute Überprüfung der Machbarkeit einer Privatfinanzierung in Auftrag gegeben?

45. Abgeordneter **Burkhardt Müller-Sönksen** (FDP)

Wie lauten die Ergebnisse der ersten Machbarkeitsstudie zur Hafenquerspange, und wie lauten die der erneuten Überprüfung?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth vom 15. Mai 2007

Die Fragen 44 und 45 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Machbarkeitsstudie 2001 eines Betreibermodells gemäß Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz (F-Modell) für den Neubau der

Bundesautobahn 252 – Südtangente Hamburg („Hafenquerspange“) wurde 1999 in Auftrag gegeben. Die wesentlichen Ergebnisse der Machbarkeitsstudie 2001 waren, dass bei den untersuchten Finanzierungsmodellen und Mauttarifen eine Anschubfinanzierung von über 60 Prozent erforderlich ist und der Verkehr auf der Bundesautobahn 252 sehr sensibel auf eine Mauterhebung durch Verlagerung auf andere innerstädtische Strecken reagiert.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wird eine Aktualisierung dieser Machbarkeitsstudie in Kürze in Auftrag geben, um mit Hilfe von aktuellen Verkehrsprognosen, der Einbeziehung der Köhlbrandbrücke in die Bemautung und von methodischen Weiterentwicklungen die Voraussetzungen zur Realisierung der Hafenquerspange nach dem Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz erneut zu prüfen. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie 2007 bleiben abzuwarten.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

46. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Inwieweit werden in der geplanten Naturschutzrechtsnovelle die Belange des Artenschutzes gemäß EU-Recht bzw. Rechtsprechung eingehalten?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Astrid Klug vom 11. Mai 2007

Das derzeit laufende Verfahren zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes dient der Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 10. Januar 2006 gegen Deutschland in der Rechtssache C-98/03. Die dort gerügten Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes sollen durch den Gesetzentwurf der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 16/5100, u. a. an die artenschutzrechtlichen Bestimmungen der FFH- und Vogelschutzrichtlinie und die dazu ergangene Rechtsprechung des Gerichtshofs angepasst werden.

47. Abgeordneter **Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU)

Wie viel Treibhausgase entstehen durch die 66 000 Flugreisen und die 3 000 sonstigen Reisen im Bonn-Berlin-Verkehr?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller vom 16. Mai 2007

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Frage des MdB Markus Löning vom Februar dieses Jahres (veröffentlicht in Bundestagsdrucksache 16/4633 Frage 69) verwiesen. Im Jahr 2006 wurden rund 132 000 Dienstreisen (einfach) für die gesamte Bundes-

verwaltung einschließlich der Geschäftsbereiche aus dem Großraum Köln/Bonn bzw. Düsseldorf in den Großraum Berlin und umgekehrt per Shuttle-Flug durchgeführt. Dadurch sind etwa 17 000 Tonnen CO_2 emittiert worden.

Für die sonstigen 3 000 Reisen zwischen Bonn und Berlin und zurück sind die gewählten Verkehrsmittel nicht bekannt. Sie betragen zwischen 760 t CO_2-Äquivalente (für den Fall, dass alle Fahrten per Pkw durchgeführt wurden) und 173 t CO_2-Äquivalente (für den Fall, dass alle Fahrten mit der Bahn durchgeführt wurden).

48. Abgeordneter **Peter Hettlich** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Zielsetzungen verfolgt die Bundesregierung zur Einführung schwefelfreien Treibstoffes in der Binnenschifffahrt, und welche Umsetzungsmöglichkeiten sieht sie?

Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig vom 16. Mai 2007

Zielsetzung der Bundesregierung ist es, die Umweltfreundlichkeit des Verkehrsträgers Binnenschiff weiter zu stärken. Der Weg dorthin kann aufgrund des Einsatzgebietes der Binnenschiffe, das weit über die nationalen Grenzen hinausgeht, nur in einer europäisch einheitlichen Regelung bestehen. Die Bundesregierung begrüßt und unterstützt daher die Anstrengungen der Europäischen Kommission zu dieser Thematik.

Am 31. Januar 2007 hat die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG im Hinblick auf die Spezifikationen für Otto-, Diesel- und Gasölkraftstoffe und die Einführung eines Systems zur Überwachung und Verringerung der Treibhausgasemissionen bei der Verwendung von für den Straßenverkehr bestimmten Kraftstoffen, zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG des Rates im Hinblick auf die Spezifikationen für von Binnenschiffen gebrauchte Kraftstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 93/12/EWG vorgelegt.

Der Vorschlag sieht u. a. vor, dass der höchstzulässige Schwefelgehalt von zur Verwendung durch Binnenschiffe bestimmten Gasölen spätestens ab 31. Dezember 2009 bei 300 mg/kg liegt und spätestens ab 31. Dezember 2011 weiter auf 10 mg/kg gesenkt wird.

Bei der Ratsarbeitsgruppensitzung am 8. Mai 2007 haben die Niederlande einen Änderungsvorschlag eingereicht, der vorsieht, dass der höchstzulässige Schwefelgehalt von zur Verwendung durch Binnenschiffe bestimmten Gasölen ohne Zwischenschritt spätestens ab 31. Dezember 2009 bei 10 mg/kg liegt. Der Änderungsvorschlag der Niederlande wird seitens der Bundesregierung unterstützt werden. Dies umso mehr, da auch das Binnenschiffsgewerbe einen Zwischenschritt bei der Einführung schwefelarmen Kraftstoffes für nicht zielführend hält.

Die Eignung der Binnenschiffskraftstoffe für in Betrieb befindliche Binnenschiffsmotoren muss überprüft werden, und die Ergebnisse der

Überprüfung müssen berücksichtigt werden. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung führt ein entsprechendes Vorhaben derzeit durch, das im Jahr 2007 abgeschlossen sein wird.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Mineralölwirtschaft haben am 15. Januar 2007 in Berlin eine Gemeinsame Erklärung mit dem Titel „Energieeinsparung und CO_2-Minderung durch breite Markteinführung von schwefelarmem Heizöl und Öl-Brennwerttechnik“ unterzeichnet. Die Mineralölwirtschaft hat im Rahmen der Erklärung zugesagt, auch ein breiteres Angebot an schwefelfreiem Schiffsdiesel (weniger als 10 ppm Schwefel) in den kommenden Jahren in Deutschland bereitzustellen. Damit wird eine Voraussetzung dafür geschaffen, dass Abgasreinigungstechnik, wie sie für Straßenfahrzeuge bereits verfügbar ist – etwa Partikelfilter und Stickoxidminderungstechnik – auch in Binnenschiffen eingesetzt werden kann.

49. Abgeordnete **Birgit Homburger** (FDP)

Was ist das Ergebnis der auf Bitte der Bundesregierung erfolgten Bewertung der aktuellen Situation der Altgeräteentsorgung durch die Kommunen, insbesondere vor dem Hintergrund des Vorschlags des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V., die Gerätegruppen Informationstechnologie, Telekommunikation und Unterhaltungselektronik sowie Bildschirmgeräte getrennt zu erfassen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf Frage 21 der Kleinen Anfrage „Bürokratischer Aufwand bei der Altgeräteentsorgung nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz“, Bundestagsdrucksache 16/2904?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller vom 16. Mai 2007

Die von verschiedener Seite geforderte getrennte Erfassung von Geräten der Informationstechnologie, Telekommunikation und Unterhaltungselektronik einerseits und Bildschirmgeräten andererseits wurde den Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände gegenüber mehrfach angesprochen. Dem Bundesumweltministerium wurde dazu von den Kommunalen Spitzenverbänden folgendes Ergebnis einer Umfrage mitgeteilt: Aufgrund der bisherigen Rückmeldungen aus den Kommunen gäbe es derzeit keine Möglichkeit, flächendeckend eine getrennte Erfassung dieser Gerätegruppen zu realisieren, die über die im Elektro- und Elektronikgerätegesetz angelegte Erfassung in fünf Sammelgruppen hinausgeht. Hintergrund sei insbesondere der Platzmangel an einer Vielzahl der kommunalen Sammelstellen.

50. Abgeordnete **Undine Kurth (Quedlinburg)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wen hat die Bundesregierung zur Mitarbeit in der Naturallianz eingeladen, die zur Vorbereitung der 9. Vertragsstaatenkonferenz zum Schutz der Biologischen Vielfalt (CBD) am 22. Mai 2007 ins Leben gerufen wird, und welche Zusagen liegen bereits vor?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller vom 15. Mai 2007

Angesprochen wurden Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Kultur. Es liegen Zusagen aus all diesen gesellschaftlichen Bereichen vor.

51. Abgeordnete **Undine Kurth (Quedlinburg)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Sponsoren aus der Privatwirtschaft haben sich konkret bereit erklärt, das Sponsoring von öffentlichkeitswirksamen Leistungen zur Bekanntmachung des Themas „Schutz der biologischen Vielfalt“ im Vorfeld der UN-Naturschutzkonferenz im Mai 2008 in Bonn zu übernehmen (siehe die Anzeige für das öffentliche Interessensbekundungsverfahren für das Sponsoring von öffentlichkeitswirksamen Leistungen zur Bekanntmachung des Themas „Schutz der biologischen Vielfalt“ im Vorfeld der UN-Naturschutzkonferenz vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit [BMU] vom 23. Februar 2007), und nach welchen konkreten Kriterien hat das zuständige BMU Sponsoren ausgewählt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller vom 15. Mai 2007

Das Sponsorenverfahren zur Kampagne zur biologischen Vielfalt und zur UN-Naturschutzkonferenz 2008 ist noch nicht abgeschlossen. Es werden zurzeit noch Gespräche mit verschiedenen Sponsoren geführt. Bei der Auswahl von Sponsoren ist das unternehmerische Engagement im Bereich der Umweltpolitik überzeugend darzulegen.

52. Abgeordneter **Ingbert Liebing** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit November 2005 ergriffen, um die Vorschläge des trilateralen Wattenmeerforums umzusetzen (Wadden Sea Forum Abschlussbericht „Das Eis brechen“ von Februar 2005), die von Vertretern der Wattenmeerregion als Strategie einer nachhaltigen Entwicklung erarbeitet und von der trilateralen Wattenmeerkonferenz im November 2005 begrüßt und zur Kenntnis genommen wurden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller vom 16. Mai 2007

Die Bundesregierung unterhält regelmäßige, intensive Arbeitskontakte zu den Kooperationspartnern der trilateralen Wattenmeer-Zusammenarbeit, den Königreichen Dänemark und Niederlande sowie zu den Bundesländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen.

Im Rahmen der Arbeitskontakte stellt die Strategie einer nachhaltigen Entwicklung einen wichtigen Themenschwerpunkt dar.

Vertreter der Bundesregierung haben an den Sitzungen des trilateralen Wattenmeerforums (Wadden Sea Forum – WSF) teilgenommen. Zudem ist ein regelmäßiger Informationsaustausch mit Gesprächen zwischen Regierungsvertretern und Vertretern des WSF erfolgt. Die Sekretariatsaufgaben für das WSF sind vom Gemeinsamen Wattenmeersekretariat in Wilhelmshaven wahrgenommen worden. Unter den Voraussetzungen der Ministererklärung von Schiermonnikoog ist ein anspruchsvolles Arbeitsprogramm für den Zeitraum des deutschen Vorsitzes der trilateralen Wattenmeerkooperation entwickelt worden.

Die Bundesregierung teilt die Ansicht des trilateralen Wattenmeerforums, dass die Vorschläge des WSF im Abschlussbericht „Das Eis brechen“ für eine Nachhaltigkeitsstrategie der Beginn eines trilateralen Prozesses ist, der im Einklang mit der europäischen Empfehlung zum Integrierten Küstenzonenmanagement (IKZM) steht. Die Bundesregierung hat im März 2006 eine nationale IKZM-Strategie unter Beteiligung der Öffentlichkeit und Einbeziehung aller Akteure verabschiedet und der Europäischen Kommission berichtet.

Im Bereich Schifffahrt sind viele der WSF-Vorschläge in die Schiermonnikoog-Erklärung von November 2005 aufgenommen worden. Damit wurde durch die unterzeichnenden Mitgliedstaaten die Wichtigkeit der erarbeiteten Vorschläge des WSF anerkannt.

Ziel ist es, Lösungen anzustreben, die international konsensfähig und völkerrechtskonform sind. Die Bundesregierung setzt sich daher vor allem im Rahmen der International Maritime Organization (IMO) und der Europäischen Union dafür ein, weltweit zu Verbesserungen bei den Sicherheitsstandards, den technischen Vorschriften wie auch bei der Verschärfung der Kontrollen zu gelangen. Diese Politik kommt auch dem Wattenmeer zugute.

Abhängig vom Themenbereich werden daher die Vorschläge – wie in der Schiermonnikoog-Erklärung vereinbart – in den dafür zuständigen regionalen und internationalen Gremien (insbesondere IMO und EU) verhandelt.

53. Abgeordneter **Ingbert Liebing** (CDU/CSU)

Welche Vorschläge des Abschlussberichtes sollen unter dem jetzigen deutschen Vorsitz der trilateralen Wattenmeerkooperation umgesetzt und welche sollen nicht verfolgt werden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller vom 16. Mai 2007

Die wesentliche Funktion des Abschlussberichtes liegt in seinem Beitrag für eine IKZM-Strategie in der Wattenmeerregion. Die nationale IKZM-Strategie sieht die Weiterentwicklung und die verbesserte Umsetzung eines integrierten Küstenzonenmanagements vor. Die Ergebnisse des WSF-Abschlussberichtes können dazu beitragen und werden im Rahmen der Konsultationsprozesse geprüft.

Derzeit erarbeitet eine Arbeitsgruppe des WSF „Sustainability"-Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung. Die Ergebnisse des WSF für Nachhaltigkeitsindikatoren könnten ein Kriterium zur Beurteilung und Umsetzung von geeigneten Vorschlägen in der Wattenmeerregion sein.

Viele Vorschläge des WSF bedürfen einer weiteren Konkretisierung oder betreffen v. a. die regionale Ebene. Eine Umsetzung von geeigneten Vorschlägen kann nur unter Berücksichtigung der rechtlichen, administrativen, fachlichen und finanziellen Rahmenbedingungen erfolgen. Die Mitglieder des WSF können wichtige eigene Beiträge zur Umsetzung von geeigneten Vorschlägen des WSF-Berichtes leisten. Über die Schwerpunktsetzungen fanden Konsultationen zwischen den Kooperationspartnern und dem WSF statt.

Gemäß der Ministererklärung von Schiermonnikoog werden außerdem die Informationen, Empfehlungen und Initiativen des Berichtes des WSF überprüft, welche für die trilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der Fortschreibung des trilateralen Wattenmeerplans relevant sind. Die Fortschreibung des trilateralen Wattenmeerplans soll in der zweiten Hälfte des deutschen Vorsitzes der Kooperation erfolgen.

54. Abgeordneter **Dr. h. c. Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Kann Vattenfall/E.ON im Zusammenhang mit der geplanten 380 kV-Leitung durch den Thüringer Wald aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz ein Recht zum Bau dieser Leitung ableiten, wenn ja, wie lautet die genaue Begründung?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller vom 11. Mai 2007

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gewährt Netzbetreibern kein Recht auf den Bau einer bestimmten Leitung. Es verpflichtet Netzbetreiber lediglich, Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien an ihr Netz anzuschließen und den Strom abzunehmen und zu übertragen. Ist das erst durch einen wirtschaftlichen zumutbaren Ausbau des Netzes möglich, ist der Netzbetreiber auf Verlangen des Einspeisewilligen zum unverzüglichen Ausbau verpflichtet (vgl. § 4 Abs. 2 Satz 2 zweiter Halbsatz EEG). Die nach dem jeweiligen Landesrecht zuständigen Behörden entscheiden demgegenüber auf der Grundlage des Immissionsschutzgesetzes und weiterer landesrechtlicher Regelungen, ob eine bestimmte Leitung gebaut werden darf.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

55. Abgeordnete **Karin Binder** (DIE LINKE.)

Welche über eine „strategische Allianz“ (s. Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Wissenschafts- und des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg, der Helmholtz-Gemeinschaft, des FZK und der Universität Karlsruhe zur Gründung des Karlsruher Institute of Technology vom 21. November 2006) hinausgehende Organisationsform strebt die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Gründung des „Karlsruhe Institute of Technology“ (KIT) an, und wie werden mögliche Probleme – insbesondere aus Sicht föderaler Kompetenzverteilungen – aus der Kooperation bzw. der mittelfristigen Fusion zwischen der sich in Landeshoheit befindlichen Universität Karlsruhe und der überwiegend aus Bundesmitteln finanzierten Forschungseinrichtung „Forschungszentrum Karlsruhe (FZK)“ vermieden?

Antwort des Staatssekretärs Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer vom 16. Mai 2007

Mit dem Karlsruher Institute of Technology (KIT) beabsichtigen das Forschungszentrum Karlsruhe (FZK) und die Universität Karlsruhe eine neue Qualität der Zusammenarbeit zu schaffen und ihre Kompetenzen zu bündeln. KIT kann aus Sicht der Bundesregierung einen wichtigen Beitrag dazu liefern, völlig neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu erreichen. Entsprechend der Vereinbarung der Beteiligten (s. Eckpunktepapier vom 21. November 2006) sollen die Universität Karlsruhe und das Forschungszentrum Karlsruhe bis Ende Mai 2007 ein Konzept für die inhaltliche Ausgestaltung des KIT vorlegen. Nach den Inhalten dieses Konzeptes wird sich die Organisationsform des KIT richten. Eine Fusion beider Einrichtungen ist derzeit nicht geplant.

56. Abgeordnete **Karin Binder** (DIE LINKE.)

In welcher Form wird in der neuen Organisationsform des KIT die betriebliche Mitbestimmung der Beschäftigten gewährleistet, und in welcher Form wird die bisher im FZK praktizierte „Wissenschaftliche Mitbestimmung“ Bestandteil des neuen Gesellschaftsvertrags des KIT sein?

Antwort des Staatssekretärs Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer vom 16. Mai 2007

Siehe Antwort zu Frage 55.

57. Abgeordnete **Karin Binder** (DIE LINKE.)

Inwiefern wird eine Beschränkung auf zivile Forschung zu „friedlichen Zwecken“, wie sie sich sinngemäß in der Selbstdefinition der Helmholtz-Gemeinschaft und insbesondere im Gesellschaftsvertrag des Forschungszentrums Karlsruhe findet, Bestandteil des Gesellschaftsvertrags des KIT sein, und auf welche Gebiete werden sich die Forschungsaktivitäten des KIT künftig erstrecken?

Antwort des Staatssekretärs Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer vom 16. Mai 2007

Entsprechend der Vereinbarung zwischen den Beteiligten (s. Eckpunktepapier) ist nicht beabsichtigt, die Mission des FZK, zu der auch die Beschränkung auf zivile Forschung zu „friedlichen Zwecken“ gehört, aufzugeben. KIT bedeutet keine Abkehr von der bisherigen thematischen Fokussierung des FZK im Bereich der Forschung. Allerdings werden die Forschungskompetenzen sinnvoll durch die Forschungsaktivitäten der Universität Karlsruhe ergänzt, wie z. B. durch die Erkenntnisse der Gesellschaftswissenschaften.

58. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Welche Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge des BAföG liegt der Ankündigung der Bundesregierung nach Erhöhung der Mittel für das BAföG im Haushalt 2008 um 300 Mio. Euro zugrunde, und wann wird das Kabinett eine entsprechende Anpassung der BAföG-Sätze verbindlich beschließen (Siehe: http://www.presseportal.de/pm/6351/981272/leipziger volkszeitung)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Andreas Storm vom 11. Mai 2007

Die Bundesregierung hat – zuletzt in ihrer Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrates vom 30. März 2007 zum Entwurf eines Zweiundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes – die fortlaufende Prüfung einer Anpassung angekündigt und erklärt, dass dabei auch der Steuerschätzung eine zentrale Bedeutung zukommen wird. Eine Konkretisierung und abschließende Bewertung wird im Zuge des laufenden Haushaltsaufstellungsverfahrens für den Bundeshaushalt 2008 erfolgen, über den das Kabinett bekanntlich am 27. Juni 2007 verbindlich beschließen wird.

59. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die fehlende gesetzliche Verbindung zwischen BAföG-Anspruch und Anspruch auf den ermäßigten studentischen Krankenversicherungsbeitrag, und wie sollen Studierende, die in der Folge dieser Regelungslücke im Rahmen ihres BAföG nur den entsprechen Studierendentarif

als Zuschlag erhalten, die fehlenden Mittel für den geforderten vollen Krankenversicherungsbeitrag aufbringen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Andreas Storm vom 11. Mai 2007

Das BAföG arbeitet als Massenleistungsgesetz bei der Bedarfssatzbemessung generell mit Pauschalen, denen typisierende Annahmen zugrunde liegen; dies gilt auch für die Krankenversicherungszuschläge nach § 13a.

Die Altersbegrenzung in der studentischen Krankenversicherung ist bei der Neuregelung der Krankenversicherung der Studenten im Rahmen der Gesundheitsreform 1988 eingeführt worden, um die Belastungen der Solidargemeinschaft durch die kostengünstigen Beiträge der Studierenden in vertretbaren Grenzen zu halten. Studierende sind daher in der gesetzlichen Krankenversicherung derzeit bis zum Abschluss des 14. Fachsemester, längstens bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres versicherungspflichtig, wobei für sie besonders günstige Tarife gelten. Besondere Härten, die z. B. eintreten können, wenn das Studium wegen der Art der Ausbildung oder aus familiären oder persönlichen Gründen nicht vor Erreichen der Altersgrenzen abgeschlossen werden kann, werden durch die Regelung zur studentischen Krankenversicherung weitgehend vermieden. Von einer „Regelungslücke“ im BAföG oder einer fehlenden gesetzlichen Verbindung zwischen BAföG und gesetzlicher studentischer Krankenversicherung kann insoweit keine Rede sein.

60. Abgeordnete **Krista Sager** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu welchem Ergebnis kam die Revisionsabteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in ihren Prüfungsfeststellungen in der Frage nach Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Auftragsvergabe durch das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) und zu welchen Konsequenzen haben die Prüfungsfeststellungen geführt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Rachel vom 10. Mai 2007

Die Prüfungsfeststellungen betreffen insbesondere Verstöße gegen Dokumentationspflichten aus dem Vergaberecht bei der Erteilung von Aufträgen im Bereich des sog. Fundraising (Einwerbung von Spendengeldern) sowie Kommunikationsfehler bei der Beteiligung der zuständigen Gremien der Stiftung in weiteren internen Geschäftsvorgängen (z. B. Vorbereitung von Personalentscheidungen).

In Konsequenz aus den Fundraisingvergaben wurde der Stiftungsvorstand aufgefordert, das interne Beschaffungswesen zu optimieren. Der Stiftungsvorstand hat zugesichert, dass Auftragsvergaben und Beschaffungsvorgänge nur unter Mitzeichnung der zuständigen Arbeitseinheit entsprechend der neu zu fassenden Beschaffungsordnung nach dem „Sechs-Augen-Prinzip“ erfolgen werden. Zudem wird der Stif-

tungsvorstand die Dokumentation entscheidungsrelevanter Prozesse sicherstellen und dem Kuratorium ein Konzept zum Fundraising vorlegen. Nach diesen Zusicherungen wurde der Administrative Stiftungsvorstand Dr. Josef Puchta für eine weitere Periode bestellt.

Die Zuwendungsgeber haben angekündigt, innerhalb eines angemessenen Zeitraums eine weitere Vor-Ort-Prüfung zu veranlassen, insbesondere im Bereich stabsstellenrelevanter Entscheidungsprozesse sowie hinsichtlich der Organisation der Verwaltungsabläufe.

61. Abgeordnete **Krista Sager** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wurde der schriftliche Bericht über die Prüfungsfeststellungen sämtlichen Mitgliedern des Kuratoriums vom DKFZ vorgelegt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Rachel vom 10. Mai 2007

Das Kuratorium wurde ausführlich durch den Vorsitzenden über das Ergebnis der Prüfung informiert.

62. Abgeordneter **Volker Schneider (Saarbrücken)** (DIE LINKE.)

Ist der Bundesregierung bekannt wie viele Personen, aufgeschlüsselt nach Altersgruppen und Geschlecht, die von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft wurden, im Zeitraum 1983 bis zum 31. Dezember 1990 ein Volldarlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erhalten haben, und wenn nein, warum nicht?

Antwort des Staatssekretärs Michael Thielen vom 16. Mai 2007

Nein. Die BAföG-Statistik lässt sich ebenso wenig wie die statistisch auswertbare elektronische Datenverarbeitung bei der Darlehenseinziehung durch das Bundesverwaltungsamt nach dem Merkmal „Eigenschaft als Freigekaufter“ auswerten, da ein solches Merkmal weder bei der statistischen Erhebung noch bei der Fallbearbeitung selbst festgehalten wird.

63. Abgeordneter **Volker Schneider (Saarbrücken)** (DIE LINKE.)

Wie viele Personen, aufgeschlüsselt nach Altersgruppen und Geschlecht, wurden von der Bundesrepublik Deutschland seit 1970 freigekauft, und wie viele waren von ihnen verfolgte Schülerinnen und Schüler?

Antwort des Staatssekretärs Michael Thielen
vom 16. Mai 2007

Der Bundesregierung liegen keine Daten vor, die eine Verknüpfung der Eigenschaft als verfolgte Schülerin oder verfolgter Schüler mit der Frage eines Freikaufs und damit die erbetene Aufschlüsselung erlauben.

64. Abgeordneter **Volker Schneider (Saarbrücken)** (DIE LINKE.)

Inwiefern sieht die Bundesregierung Änderungsbedarf bei der Stichtagsregelung im § 60 BAföG für die Freigekauften, in der Volldarlehenszeit beim Bundesausbildungsförderungsgesetz von 1983 bis 1990, wie es der Abgeordnete Markus Meckel in seiner Bundestagsrede am 1. März 2007 zum Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Unterstützung für Opfer der SED-Diktatur – Eckpunkte für ein Drittes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz“ (Bundestagsdrucksache 16/4167) gefordert hat?

Antwort des Staatssekretärs Michael Thielen
vom 16. Mai 2007

Die Bundesregierung sieht keinen Änderungsbedarf. Die Begrenzung des Darlehenserlasses auf nach dem 31. Dezember 1990 bezogene BAföG-Darlehen wurde vom Gesetzgeber seinerzeit wegen der spezifischen Zielsetzung des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes bewusst vorgenommen. Danach sollte die Ausbildungsförderung nach dem BAföG gerade kein Instrument zur finanziellen Entschädigung sein, sondern hatte ausweislich der Begründung des Regierungsentwurfs vielmehr den Zweck, Opfern politischer Verfolgung eine eignungs- und neigungsgerechte Ausbildung überhaupt erst zu ermöglichen (vgl. Bundestagsdrucksache 12/4994, S. 54 zu Artikel 5). Deshalb wurde die Regelung auf diejenigen beschränkt, die erst ab Einführung des BAföG auch in den neuen Ländern zum 1. Januar 1991 Förderung erhalten haben.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

65. Abgeordneter **Dr. Karl Addicks** (FDP)

Wie hoch sind die Bewerberzahlen für den Senior Experten Service, aufgeschlüsselt nach Jahren ab dem Jahr 2002?

Antwort des Staatssekretärs Erich Stather
vom 18. Mai 2007

	Anzahl Bewerber/ Bewerberinnen (Stand jeweils zum 31. Dezember)	**Anzahl registrierte Experten/Expertinnen**	**Gesamt zur Verfügung stehende Experten/Expertinnen**
2002	1 187	1 031	5 739
2003	1 086	949	6 123
2004	1 163	1 058	6 378
2005	1 090	945	6 983
2006	1 061	966	7 106
2007 (Stand: 30. April 2007)	521	478	7 263

66. Abgeordneter **Dr. Karl Addicks** (FDP)

Welcher Prozentsatz der Bewerber kommt tatsächlich als Senior Experte zum Einsatz?

Antwort des Staatssekretärs Erich Stather
vom 18. Mai 2007

Von den derzeit 7 162 registrierten Senior Experten und Expertinnen (Stand 14. Mai 2007) waren bisher 45,28 Prozent (3 243) einmalig oder häufiger im Einsatz.

Berlin, den 18. Mai 2007

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333